



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 143, Juni/1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Es geht nicht um Wirtschaft, sondern um Integration



Die Wirtschaftsverbände und der Bundesrat wollen uns glauben machen, beim Rahmenabkommen gehe es um ein Wirtschaftsabkommen. Sie verknüpfen den Rahmenvertrag mit Fragen um die Bilateralen. Auch die leeren Drohungen bezüglich der Börsenäquivalenz im letzten Jahr und aktuell im Bereich Medtech werden dafür missbraucht. Dies alles lenkt davon ab, dass es beim Rahmenabkommen eigentlich um einen Integrationsvertrag geht. Im Klartext: Es geht um eine politische Einbindung in die EU.

Uns wird vorgegaukelt, das Rahmenabkommen sei ein Wirtschaftsabkommen. Es sind ja im Moment auch nur die grossen Wirtschaftsverbände, die für einen möglichst raschen Abschluss des Abkommens sind; allen voran Economiesuisse und Swissemem. Gewerbe und KMU lehnen den Rahmenvertrag zwar ab, aber dennoch dominieren die Wirtschaftsargumente.

Irreführend wird die Debatte verknüpft mit den Bilateralen. Das Abkommen heisst denn auch bisher offiziell «Abkommen zur Erleichterung der bilateralen Beziehungen (...)». Dies ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Das Rahmenabkommen verwandelt einerseits die bisher bilateralen – d.h. zweiseitigen – Beziehungen auf Augenhöhe in ein Unterwerfungsverhältnis. **Von Bilateralismus kann nach dem Rahmenabkommen nicht mehr die Rede sein.** Der Titel stimmt andererseits insofern, als für die EU die Beziehung zur Schweiz tatsächlich «leichter» wird. Die Schweiz muss dann einfach spüren und ist in den EU-Apparat integriert. Die Beziehungen werden nur einseitig «leichter». Für die Schweiz wird das aber ein schweres Joch, oder viel eher eine Zwangsjacke.

Es geht um die Einverleibung der Schweiz in die EU-Bürokratie

Die Wirtschaftsverbände und der Bundesrat wollen uns dennoch glauben machen, beim Rahmenabkommen gehe es um Wirtschaft. Auch die leeren Drohungen im Bereich der Börsenäquivalenz im letzten Jahr und aktuell im Bereich Medtech werden dafür missbraucht. Dies alles vertuscht jedoch die Tatsache, dass es beim Rahmenabkommen um einen Integrationsvertrag geht. Es geht vielmehr um eine konkrete politische Einbindung in die EU. Ein Rechtsgutachten kommt sogar zum Schluss, dass das Rahmenabkommen einem Beitritt zu einer supranationalen Organisation gleichkommen würde und deshalb dem obligatorischen Referendum unterstehen müsste. Die Sache ist klar. Dieser Rahmen zwingt uns in eine Integration in die EU-Bürokratie.

Rahmenabkommen verändert Verhältnis CH-EU grundlegend

In anderen Worten schrieben es auch Professor Stephan Breitenmoser und Simon Hirsbrunner kürzlich in der Neuen Züricher Zeitung (NZZ, 9.1.2020): «Der Abschluss des InstA kommt damit einem Paradigmenwechsel gleich, der das bisherige, völkerrechtliche Vertragsverhältnis im Rahmen der vom InstA geregelten Bereiche in ein **europarechtliches Integrationsverhältnis** umwandelt.» Eine solch grundlegende Veränderung darf nicht einfach wegdiskutiert werden.

Noch prägnanter und aus der Unternehmenspraxis fundiert bringt es der Logistiker Hans-Jörg Bertschi auf den Punkt (Der Bund, 6.1.2020): **«Das Abkommen ist kein Wirtschaftsvertrag, sondern ein Integrationsabkommen. Die Schweiz verpflichtet sich in wirtschafts-, sozial- und handelsrechtlichen Fragen zur Übernahme von EU-Recht und unterstellt sich dem Europäischen Gerichtshof.»** Dies hat weitreichende Folgen. Die Schweiz verliert ihre globale Wettbewerbsfähigkeit und verpflichtet sich dem regulatorischen und bürokratischen Übereifer Brüssels anzupassen. Es tangiert also unsere Wirtschaft sehr direkt, aber gerade weil es kein Wirtschaftsabkommen ist, sondern ein Anbindungsvertrag. Gerade weil es den Staat und den Zentralismus stärkt, und damit unsere liberalen Rahmenbedingungen schwächt. Der Bilateralismus wird so beendet. Das ist somit keine primär wirtschaftliche, sondern eine politische Frage. Es stellt sich die Frage, ob wir unsere Demokratie, unseren Föderalismus, unsere Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bewahren wollen oder nicht.

Quelle: <https://eu-no.ch/wirtschaftintegration/>

Geht das Merkel-Regime endlich unter?

Sonntag, 16. Februar 2020, von Freeman um 19:00

Was Merkel gemacht hat, sich aus Südafrika in die inneren Angelegenheiten von Thüringen einzumischen, ist ungeheuerlich und ein klarer Rechtsbruch. Sie setzte damit nicht nur Deutschlands Untergang fort, sondern hat ihren Untergang und den der CDU eingeleitet. Sie müsste sofort zurücktreten anstatt bis zur nächsten Bundestagswahl 2021 zu warten. Dieses Monster noch 18 Monate auszuhalten und noch mehr Schaden anrichten zu lassen, ist völlig inakzeptabel.

Da versuchen die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Thüringen nach der Landtagswahl vom Oktober 2019, nach mehr als drei Monaten vergeblichen Herumgewurstel endlich eine Regierung zu bilden und wählen völlig demokratisch und einstimmig Thomas Kemmerich von der FDP zum Ministerpräsidenten, und Merkel geht selbstherrlich her und befiehlt, diese Wahl sei rückgängig zu machen, ein eindeutiger Verfassungsbruch.

Merkel führt quasi eine Reichsexekution aus, indem sie die Wahl von Kemmerich mithilfe der AfD als "unverzeihlich" bezeichnete und dazu noch die unverschämte Lüge von sich gab, die AfD wolle die Demokratie "kaputtmachen". Wenn jemand die Demokratie schon seit 2005 systematisch in Deutschland kaputtgemacht hat, dann sie selbst während ihrer ganzen Kanzlerschaft.



Sie hat gegen den Willen der deutschen Bevölkerung die Souveränität Deutschlands und des Bundestaates mit der Annahme der Lissabon-Verträge an Brüssel verkauft. Sie hat gegen das Grundgesetz alle Angriffskriege der Amerikaner mit der Beteiligung der Bundeswehr unterstützt und hat Waffenlieferungen in Kriegsgebiete genehmigt. Als Gipfel: Sie ist die Flüchtlings- und Klimakanzlerin.

Merkel hat die CDU nach links geführt, ja sogar radikal links. Für mich war sie schon immer und ist weiterhin eine 100-prozentige Kommunistin im Schafspelz. Nur so erklären sich ihre verräterischen Handlungen, ihr Rückenstechen und ihre Intrigen. Jeder der in der CDU nur etwas an konservativer Alternative darstellte, wurde von ihr einen Kopf kürzer gemacht.

Wegen ihrer feindlichen Haltung gegenüber Deutschland – weil sie die Grenzen nicht schützt und eine Flut an Fremden ins Land gelassen hat, weil sie der völlig undemokratischen EU noch mehr Macht gegeben hat, weil sie eine Landesverräterin ist und Deutschlands Identität komplett zerstört, sie nichts über Patriotismus wissen will –, ist überhaupt erst der extreme AfD-Flügel entstanden.

Ja, Merkels bewusster Ausverkauf Deutschlands und das Ignorieren des konservativen Politikspektrums hat eine Alternative für Deutschland notwendig gemacht. Die Parteivorsitzende selbst hat die CDU von einer christlichen Volkspartei der Mitte zu einer links-grünen Minderheitspartei demontiert. In Thüringen kam die CDU sogar nur auf den 3. Platz hinter der AfD.

Es ist eine unverschämte Verleumdung und krasse Missachtung des Volkswillens, nahezu einen Viertel der Wähler in Thüringen als Nazis zu bezeichnen. Die AfD hat im Oktober 23,4 Prozent der Stimmen bekommen, und jene, welche sie gewählt haben, sollen alles Nazis sein? Deswegen darf man, laut Merkel, mit der AfD überhaupt nichts zu tun haben?

Zudem wird auch immer von Demokratie geschwafelt, wobei der Wählerwille konsequent ignoriert wird.

Wer aber sind die echten Nazis? Es sind die intoleranten Antidemokraten, die als Besserwisser der Bevölkerung aufdiktieren, was sie zu denken, zu glauben und zu tun haben. Diese sind es, die keine andere Meinung dulden, die Sprache kontrollieren und jede Abweichung von ihrer vorgegebenen <korrekten> Linie schwer bestrafen. Wer sich nicht ihrem Diktat unterwirft, wird rundweg fertiggemacht.

Wer handelt heute so? Wer macht heute alle fertig, die sich nicht der kultur-marxistischen Ideologie unterwerfen und es wagen, eine konservative patriotische Meinung zu haben? Es sind die Grün-Links-Liberalen. JA, genau die, die sich als Antifaschisten bezeichnen, sie sind die echten Neo-Nazis. Die Antifa, die Öko-Nazis und die Femi-Nazis ... deswegen nenne ich sie schon lange <Die Links-Faschisten>!!!

Wenn der Faschismus wieder aufkomme werde er als Antifaschismus daherkommen, hat der italienische Schriftsteller Ignazio Silone 1988 prophezeit ... und so ist es gekommen.

Wer also mit dem Nazi-Begriff wild um sich schmeisst, hat absolut null Ahnung davon, wer die wirklichen Nazis überhaupt sind, und diesbezüglich würde ich verdammt vorsichtig sein, jeden mit diesem Begriff zu bezeichnen – und einen Grossteil der Bevölkerung schon mal gar nicht –, wenn man mit jemandem nicht einverstanden ist, weil er eine konservative Einstellung hat.

Was Merkel, die anderen Vertreter der Blockparteien und die Medien machen, so ist Deutschland diesbezüglich komplett in zwei Lager gespalten.

Die Mitte gibt es fast nicht mehr, mit CDU und SPD, weil die beiden einen immer kleineren Stimmenanteil bekommen, und wenn sie so weiter machen, werden sie völlig verschwinden. Es gibt nur noch zwei Meinungen oder Kräfte in der deutschen Bevölkerung, die diametral auseinandergedriftet sind, nämlich die,

welche die Zerstörung Deutschlands mit allen Mitteln durchziehen, und die, die Deutschland erhalten wollen.

Die Grün-Links-Liberalen wollen Deutschland in einen identitätslosen, kulturlosen, globalen Einheitsbrei auflösen und das Denken und Handeln mit Angstmacherei und politischer Korrektheit gleichschalten. Diejenigen, welche das nicht wollen, werden als Populisten bezeichnet, wie wenn das etwas Negatives wäre, denn siehe da, sie werden immer populärer (lach). Brexit lässt grüssen!!!

In der völlig verdrehten Welt der Links-Faschisten ist nichts anderes populär zu sein, als eine Politik zu betreiben, die bei der Mehrheit der Bevölkerung beliebt ist, falsch und verdammenswert. Sie finden eine Politik gegen den Wunsch der Bevölkerung, nämlich sich durchzusetzen, denn sie finden, dass nur das richtig ist, sie eben zu ihrem "Glück" zu zwingen. Das entspricht keiner Demokratie, sondern einer Diktatur.

Was wir in Westeuropa erleben, ist die Oikophobie einer intellektuellen Minderheit, also ein Hass auf das Eigene, besonders auf die christliche Kultur, auf die weisse Rasse sowie auf die souveränen Nationalstaaten. Sie wollen die Weltregierung und den Weltbürger, die systematische "Verdünnung" durch Masseneinwanderung, offene Grenzen und Multikulturalismus.

Merkel ist auf einem absoluten Zerstörungstrip, denn nicht nur ihre handverlesene Nachfolgerin Annagret Kramp-Karrenbauer ist vom Parteivorsitz der CDU zurückgetreten, sie hat ihren Ostbeauftragten Christian Hirte entlassen. Jetzt ist auch der Chef der CDU Thüringens Mike Mohring zurückgetreten. Alles Opfer von Merkels Diktat, keine Gespräche mit "Randparteien" zu führen.

Der Hammer ist aber das, was der Sprecher der Werteunion, Ralf Höcker, gesagt hat, warum er zurückgetreten sei, denn er schrieb auf Facebook:

"Mir wurde vor zwei Stunden auf denkbar krasse Weise klargemacht, dass ich mein politisches Engagement sofort beenden muss, wenn ich keine 'Konsequenzen' befürchten will. Die Ansage war glaubhaft und unmissverständlich. Ich beuge mich dem Druck und lege mit sofortiger Wirkung alle meine politischen Ämter nieder und erkläre den Austritt aus sämtlichen politischen Organisationen."

Das ist Merkel-Deutschland, wo sie auf mafiose Art mit Drohungen und Erpressungen regiert. Die demokratisch gewählten Abgeordneten in Thüringen sind laut Verfassung nur ihrem Gewissen verpflichtet, und Merkel hat ihnen überhaupt nicht zu drohen oder die Weisung zu geben, dass die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten rückgängig zu machen sei. Das verstösst gegen das Bundesprinzip, ist undemokratisch, anmassend und strafbar!!!

Mohring verstand, dass es keine Koalition in Thüringen geben kann, ohne dass die CDU von ihrem hohen Ross heruntersteigt und einen Deal mit den beiden euroskeptischen Parteien macht, die dort die Wahlen dominierten – die Linke oder Alternative für Deutschland (AfD).

Mohring versuchte zum Wohle Thüringens mit allen zusammenzuarbeiten, um eine Lösung zu finden. Keine davon war aber für Merkel akzeptabel, weil sie nicht nur ein Bündnis mit der AfD für die örtliche CDU verboten hat, sondern auch jedes Bündnis mit <Die Linke>, die die Wahl im vergangenen Oktober gewonnen hat.

Merkel hat der CDU Thüringens nichts zu verbieten, denn sie hat seit ihrem Rücktritt als Parteivorsitzende in der Partei überhaupt kein Parteiamt mehr. Auch als Kanzlerin hat sie dem Parlament eines Bundeslandes nichts zu befehlen.

Merkels Intervention in bezug auf die Angelegenheiten Thüringens ist ein Rechtsbruch, und deshalb ist es völlig richtig, dass Merkel von der AfD wegen Nötigung und Amtsmissbrauch angezeigt wurde. Sie gehört sofort aus dem Kanzleramt entfernt und infolge Amtsmissbrauchs vor Gericht gestellt. Effectiver Tatsache ist, dass Deutschland sich in einer Verfassungskrise befindet.

Ich werde laut lachen, wenn kommende Neuwahlen dazu führen würden, dass <Die Linke> und die AfD sich zusammenfinden und eine neue Koalitionsregierung mit sehr grosser Mehrheit bilden sollten (laut neuesten Umfragen 39% plus 24%). Das Horrorszenario für die Blockparteien wäre dann, dass sie aus dem Regieren raus sein und sich auflösen würden.

Merkels Plan, mit den Öko-Nazis (Grüne) und den Arbeitverrättern (SPD) weiter an der Macht zu bleiben, wird über kurz oder lang scheitern. Unter ihrer Führung hat die CDU/CSU nie eine Mehrheit erreicht. Ihr Problem geht weit über Deutschland hinaus, denn der europaweite Trend läuft gegen sie und ihre Globalistenfreunde.

Was wurde alles versucht, um den Brexit zu verhindern, nichtsdestotrotz ist es doch geschehen, dass er zustande gekommen ist; und jetzt wird versucht, Matteo Salvini zu bestrafen, nur weil er für Italien seinen Job gemacht hat. Die populären Populisten in Frankreich, Holland, Dänemark, Österreich und Ungarn etc., bekommen immer mehr Unterstützung, und was die EU betrifft, so wird diese bald einmal der Vergangenheit angehören. Und dies wird mit der von der Leyen als EU-Totengräberin sowieso so sein.

Dann können wir gespannt beobachten, was in Thüringen und in Deutschland alles in den kommenden Wochen ablaufen wird. Die Krise spitzt sich immer mehr zu, eine, die schon lange unter der Decke gehal-

ten wurde. Hoffentlich geht das Merkel-Regime dabei unter. Vergesst Merz, der Halbschuh ist ein Schlappschwanz und Deutschland verdient endlich Besseres, jemand, der sich für das Land einsetzt.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2020/02/geht-das-merkel-regime-endlich-unter.html#ixzz6EOziiHIB>

Corona-Gedicht

Es dichtet sich leicht auf grüner Wiese,
 das sind die Blüten der Coronakrise.
 Um die Psyche in dieser Zeit emporzuheben,
 lassen wir die Dichtung leben.
 Verzweifeln tun wir nie,
 wir nutzen einfach die Poesie!
 Mächte der Psyche gibt es sieben,
 und jeder Mensch wird alle diese lieben:
 Liebe, Musik, Natur und Frieden,
 waren die ersten vier von sieben,
 dazu kommt noch Zufriedenheit und Licht,
 jetzt fehlt nur noch eines, nicht?
 Eine der Mächte ist die Dichtung,
 in trüben Zeiten bringt dies Lichtung.
 Bist auch Du ein neuer Dichter?
 Dann mach' die Psyche der Menschen lichter.
 Ist man einmal in der Dichtung drinnen,
 kann man dieser noch kaum entrinnen.
 Auch Du kannst ein Dichter sein,
 es ist nicht schwer; auch Dir fällt was ein!
 Das Reimen ist wie eine Sucht,
 es trifft einem mit voller Wucht.
 Hat man einmal angefangen,
 ist man darin auch schon verfangen.
 Das Aufhören ist oft sehr schwer,
 denn die Reim-Gedanken werden nicht mehr leer.
 Verdammt, was ist jetzt zu tun?!
 Tief durchatmen, damit die Gedanken endlich ruhn.
 Von Stefan Hahnekamp, Österreich, Wien, April 2020

Kriegshetze und Aushöhlung der Demokratie durch die mediale Propaganda

hw Ludwig Veröffentlicht am 19. Februar 2020

„Ich halte das Agieren vieler Medien in den gegenwärtigen Kriegen ... für ebenso verbrecherisch wie das Handeln der unmittelbar verantwortlichen Politiker und Militärs.“ 1
 Prof. Dr. Ulrich Teusch

Viele moderne Kriege wären ohne die Massenmedien nicht möglich gewesen. Im Dienst oder in geheimer Kumpanei mit den Machthabern manipulieren Journalisten der Mainstream-Medien stets durch falsche, einseitige, erlogene und verleumderische Darstellungen das Bewusstsein der unkritischen Menschen und stacheln sie zu Angst und Hass auf, um sie für den Krieg bereit zu machen. Es sind die Schreibtischtäter, deren Verantwortung für das unendliche menschliche Leid des Krieges derjenigen, der direkt handelnden Politiker und Militärs nicht nachsteht. Und ohne verlässliche wahre Informationen ist die Demokratie bereits aufgehoben.

Der Politikwissenschaftler Ulrich Teusch nennt die Kriegsvorbereitung und Kriegshetze der Medien in seinem neuen Buch den „Krieg vor dem Krieg“, der sich natürlich vielfach in und nach dem Krieg noch fortsetzt.

Die Prinzipien der Kriegspropaganda

Der britische Politiker und Friedensaktivist Arthur Ponsonby (1871–1946), der zehn Jahre nach dem Ersten Weltkrieg die Feststellung traf, der Journalismus habe sich nie stärker diskreditiert als im Ersten Weltkrieg, formulierte aus seinen Beobachtungen zehn Prinzipien der Kriegspropaganda, die bis heute ihre Gültigkeit haben:

1. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
2. Wir sind unschuldig und friedliebend.
3. Der Feind hat dämonische Züge.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache, der Feind für eigennützige Ziele.
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten, bei uns ist es ein Versehen.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
8. Unsere Sache wird von Intellektuellen und Künstlern unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung bezweifelt, ist ein Verräter.

Es handelt sich im Grunde, wie Ulrich Teusch anmerkt, um zehn Varianten des Themas „Wir sind die Guten – Ihr seid die Bösen“. Jeder kann diese Prinzipien in den Medien ständig wiederfinden. Heute sind es vor allem die Regierungen von Syrien, des Iran und Russlands, gegen die in diesen Variationen Stimmung gemacht wird.

Vor und während des Ersten Weltkrieges wurden sie insbesondere von grossen Teilen der britischen Presse, die dem damaligen Zeitungszaren Alfred Harmsworth, dem ersten Lord Northcliffe, gehörten, mit teuflischer Meisterschaft gegen Deutschland praktiziert.

„Die britischen Politiker suchten seine Zustimmung und Unterstützung. Northcliffe wiederum nahm gewaltigen Einfluss auf das politische Geschehen bis hin zur Zusammensetzung des Kabinetts. Dass es zum Ersten Weltkrieg kommen würde, hatte für die Northcliffe-Presse schon früh festgestanden, und mit ihren antideutschen Propagandakampagnen tat sie einiges, um jenes aufgeheizte politische Klima zu erzeugen, in dem schliesslich der Krieg möglich wurde.“ (Teusch S. 33)

Bereits 1910 hiess es in der britischen Zeitschrift „The Round Table“: „Deutschland ist der Unruheherd, dessen Rüstung und Ehrgeiz die Welt in einem Krieg zu verschlingen drohen. England ist die Macht, deren höchstes Interesse in der Wahrung des Friedens liegt. (...) Es ist ein Konflikt zwischen den freiheitsliebenden Bürgern des Britischen Empire und den enthusiastischen Vertretern der nationalen Grösse Deutschlands.“ 2 (Link)

Northcliffe übernahm im Laufe des Krieges zudem wichtige Regierungsfunktionen, stets in Sachen Propaganda, und verfügte über einen persönlichen Zugang zu Premierminister Lloyd George. Der Medienwissenschaftler John Jewell resümierte: Die Northcliffe-Presse war an der Wahrheit nicht interessiert.

Wir wissen, nicht nur diese.

Wesentliche Ergänzungen zur britischen sowie zur französischen und US-amerikanischen Propaganda siehe: Wie die Medien für die Mächtigen ...

Täuschung und Zerstreuung

Ein wichtiges Mittel der Herrschenden und ihrer Medien, das Bewusstsein des Menschen im gewünschten Sinne in die Irre zu führen, ist die Geschichtsfälschung, die vor allem aus einseitiger, verzerrter oder erfundener Darstellung besteht, in der andere wesentliche Aspekte verschwiegen werden. Sie versetzt die Menschen in eine illusionäre Vergangenheit und auch Gegenwart. Denn da sich alles Leben in der Zeit entwickelt und das Gegenwärtige an das Vergangene anschliesst, können sie nur im Verfolgen der aus der Vergangenheit kommenden Entwicklungslinie Aufschluss darüber gewinnen, wie der Weg sinnvollerweise in die Zukunft weiterführt. Das Leben in der Unwahrheit kann auf Dauer nur zu weiteren Katastrophen führen.

Die offizielle Geschichtsschreibung der beiden Weltkriege, wie sie auch von Politik und Medien verbreitet wird, bietet ein reiches Anschauungsmaterial und ist auf diesem Blog in zahlreichen Artikeln thematisiert worden (vgl. Inhaltsverzeichnis – Westlicher Imperialismus).

Vor allem das transatlantische öffentlich-rechtliche Fernsehen fällt immer wieder durch manipulative Sendungen über einzelne historische Ereignisse auf.

„Anfang August 2018 zeigte Arte den 90-minütigen US-Dokumentarfilm ‘The Bomb` über die Geschichte der Atombombe. Er schildert deren Entwicklung als glanzvolles, heroisches Kapitel der Wissenschafts- und Technikgeschichte, zugleich als ein von Notwendigkeit diktiertes, alternativloses Projekt. Man habe die Bombe konstruieren müssen, um Adolf Hitler zuvorkommen, man habe sie einsetzen müssen, weil die Japaner partout nicht hätten kapitulieren wollen. Von den Opfern in Hiroshima und Nagasaki war kaum die Rede. Der Film war ein apologetisches Machwerk zur besten Sendezeit, eine dreiste Geschichtsklitterung, die auch den FAZ-Kritiker Axel Weidemann konsternierte: ‘Wenn dieser einseitige Blick alles sein soll, was einem öffentlich-rechtlichen Sender zu den Jahrestagen des Atombombenabwurfs (deren Bedeutung nicht abgenommen hat) einfällt, sieht es finster aus.“ (Teusch S. 38)

George Orwell, der vor 70 Jahren mit nur 47 Jahren starb, machte in seinem 1949 geschriebenen Buch ‘1984` deutlich, dass das Löschen, Verzerrern, Verwerfen und Entwerten von Geschichte und historischer Erfahrung eine zentrale Dimension der „Gedankenkontrolle“ darstellt. Und er formulierte eindringlich:

„Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft, wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit.“

Sehr realitätsnah ist auch seine Vorhersage des „Neusprechs“, in dem durch vorgegebene Sprachveränderungen bestimmte Dinge nicht mehr beim Namen, sondern mit dem Gegenteil benannt und die Gedanken so umgesteuert werden: „Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke.“

Dieses „Neusprech“ ist heute bereits allgegenwärtig. „Militäreinsätze im Ausland“ z. B. heissen „Friedensmissionen“, „Migranten“ werden zu den „Flüchtlingsen“ gerechnet oder „Zuwanderer“ durch das hilfeheischende „Schutzsuchende“ ersetzt.

Auch Orwells Vision einer „Gedankenpolizei“ realisiert sich gegenwärtig immer mehr. Sie wird bereits durch den Pranger der Mainstream-Medien und staatlich erzwungene Gedanken-Polizisten in den sozialen Netzwerken ausgeübt. Und eine selbst ernannte Sprach-Jury erklärt jährlich zum „Unwort des Jahres“, was politisch unerwünscht ist und damit öffentlich stigmatisiert werden soll.

Zur Warnung vor der Unterdrückung durch eine äussere Macht in Orwells Buch, die den Menschen ihre individuelle Autonomie, ihre Einsichten und ihre Geschichte raube, gesellt sich die Warnung Aldous Huxleys in seinem 1932 erschienen Buch „Brave New World“, dass irgendwann regelrechte Repressionen gar nicht mehr erforderlich seien, wenn die Menschen anfangen, ihre Unterdrückung zu lieben und die Techniken zu verehren, durch die sie entmündigt und beherrschbar werden.

Neil Postman stellte in „Wir amüsieren uns zu Tode“ beide Autoren vergleichend gegenüber:

„Orwell fürchtete diejenigen, die Bücher verbieten. Huxley befürchtete, dass es eines Tages keinen Grund mehr geben könnte, Bücher zu verbieten, weil keiner mehr da ist, der Bücher lesen will. Orwell fürchtete jene, die uns Informationen vorenthalten. Huxley fürchtete jene, die uns mit Informationen so sehr überhäufen, dass wir uns vor ihnen nur in Passivität und Selbstbespiegelung retten können. Orwell befürchtete, dass die Wahrheit vor uns verheimlicht werden könnte. Huxley befürchtete, dass die Wahrheit in einem Meer von Belanglosigkeiten untergehen könnte.“ (Nach Teusch S. 40–41)

Die Wahrnehmungen Huxleys und Orwells ergänzen sich. Wir sehen, konstatiert U. Teusch, dass beides in unseren Gesellschaften geschieht:

„Erstens werden wir durch propagandistische Techniken getäuscht (Orwell): also desinformiert, belogen, mit Halbwahrheiten abgespeist oder durch die Unterdrückung von Nachrichten im Unklaren gelassen.

Zweitens werden wir durch propagandistische Techniken zerstreut (Huxley): also vom Wesentlichen abgelenkt, mit Belanglosigkeiten überflutet, mit Pseudoproblemen beschäftigt, mit Unterhaltungs-Angeboten aller Art bei Laune gehalten.“

Und der grösste Teil dieser beiden Propagandatypen wird über die etablierten Massenmedien transportiert. Im Vorfeld des Irakkrieges 2003 z. B. hatten die meisten Medien das Lügenmärchen von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins verbreitet, was gegenüber der Weltöffentlichkeit die Rechtfertigung für den Angriff auf den Irak abgab. In Anlehnung daran könne man in Bezug auf die Medien auch von Massentäuschungs- und Massenerstreuungs-Waffen sprechen.

Die grosse Medien-Täuschung über die USA

Der beherrschende Akteur in der Weltpolitik sind die USA. Und über niemanden werden die Menschen von den westlichen Medien mehr getäuscht als über diesen kriegerischsten, imperialistischsten Staat der Neuzeit. Durch seine Interventions- und Kriegspolitik sind in den letzten Jahrzehnten Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas in Chaos, Leid und Elend gestürzt worden. Millionen Tote, Verwundete, Geflüchtete und unfassbare Zerstörungen sind zu verzeichnen. Stets handelte es sich um die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln: Interventionen, Kriege, Sanktionen, Pressionen und verdeckte Aktionen aller Art.

„Doch merkwürdig! Was auch immer die USA tun, sie laufen nie Gefahr, vom westlichen Medien-Kommentariat an den Pranger gestellt zu werden: Niemand weist ihnen den Status eines Parias zu, niemand stigmatisiert sie als Schurkenstaat, niemand verortet sie auf einer Achse des Bösen. Sie bleiben das vorbildliche Mutterland der Demokratie, der gutherzige Hegemon, 'the land of the Free and the Home of the Brave'. So sehen es zumindest die politischen Führer des Landes und deren Lobredner in den Nachrichtenzentralen der westlichen Welt. (...)

Es ist westlicher Propaganda über Jahrzehnte gelungen, dieses völlig realitätsferne Konstrukt in den Köpfen vieler Menschen zu verankern. Es ist ihr so sehr gelungen, dass sich in der Regel keinerlei Protest erhebt, wenn es wieder einmal in einer Nachrichtensendung, einem Leitartikel oder einer Talkshow allen Ernstes zum Besten gegeben wird; niemand schüttelt den Kopf, niemand winkt ab, niemand bricht in Gelächter aus. Von der Leyen, Röttgen, Steinmeier, Stoltenberg, die Briten, die Franzosen, die Amerikaner – sie kommen damit durch, nach wie vor, immer wieder und immer noch.“ (Ulrich Teusch S. 82–83)

Es bleibe ihm ein Rätsel, schreibt U. Teusch, weshalb selbst viele Kritiker dieses ebenso selbstgerechten wie heuchlerischen Selbstverständnisses so verständnisvoll, nachsichtig und gnädig mit dem Übeltäter verfahren. Warum konzidierten sie den verantwortlichen Politikern und Militärs unverdrossen eine gute Absicht, einen edlen Beweggrund? Warum verkleinerten sie z.B. bis heute den barbarischen amerikani-

schen Krieg in Indochina zu einem „Engagement“ oder einer „Verstrickung“? Und wie viel Chuzpe, Heuchelei, Arroganz und propagandistische Unverfrorenheit gehörten bei den medialen Begleitern dazu, Russland wegen seiner Krimpolitik als notorischen Völkerrechtsbrecher an den Pranger zu stellen und in diesem Zusammenhang die zahllosen (und andauernden) Völkerrechtsbrüche und Kriegsverbrechen des Westens einfach auszublenden?

Der grosse anti-imperiale Publizist William Blum, so berichtet U. Teusch, habe wenige Monate vor seinem Tod im Dezember 2018 erklärt, warum die amerikanische Bevölkerung mit der Washingtoner Aussenpolitik weitgehend zufrieden sei. Die Menschen glaubten fälschlicherweise, dass die USA es immer gut meinten. Zwar würden Fehler gemacht und es gebe Misserfolge, aber die Regierenden meinten es immer gut. Wer die US-Aussenpolitik ändern wolle, müsse zuvörderst diese Illusion bekämpfen. – Aber dazu müsste ja erst mal die schleimige, kriegshetzende Medien-Phalanx zerschlagen werden, welche diese Illusion ständig nährt.

Das Militär der USA kämpft nicht zu Hause, sondern auf der ganzen Welt. Es handelt sich um Expeditionstreitkräfte. Der Globus ist in „Sphären gegenwärtiger oder möglicher Einflussnahme“ aufgeteilt. Es gibt ein European Command (in Stuttgart-Vaihingen!), ein Africa Command (in Stuttgart-Möhringen!), ein Central Command, ein Southern Command, ein Northern Command, ein Indo-Pacific Command. Kein anderer Staat könnte sich das auch nur ansatzweise erlauben. 40% der globalen Rüstungsausgaben entfallen auf die USA. Der Rüstungshaushalt 2019 beträgt über 700 Milliarden; allein die Steigerung gegenüber dem Vorjahr übertrifft den gesamten russischen Rüstungshaushalt. (U. Teusch S. 94 ff.)

Die USA haben in gut zweihundert Jahren, bis 2004, nach eigenen Angaben 220 Kriege, militärische Interventionen und CIA-Operationen gegen ausländische Staaten geführt. (Vgl. flegel) Um nur auf einige dieser Kriege Streiflichter zu werfen:

An der Wende zum 20. Jahrhundert führten sie Krieg gegen Spanien und rissen sich die Philippinen unter den Nagel. Die US-Truppen begingen dort Massaker, die auf den Vietnamkrieg sechzig Jahre später vorauswiesen. „Teile des Landes wurden regelrecht entvölkert. Einmal wurde der Befehl erteilt, ´alles über zehn Jahre` zu töten. Eine Stadt mit 17 000 Einwohnern wurde ausgelöscht – keine Überlebenden.“

Der US-Soziologe Carl Boggs wirft seinem Land vor, es sei „kriegsbesessen“ und unterhalte „die grösste und aggressivste Kriegsmaschine der Geschichte“. Sie betreibe insbesondere „Luftterrorismus“ und bombe sich ihre Bahn, unbekümmert um Recht und Moral. Die USA hätten sämtliche Kategorien von Massenvernichtungswaffen entwickelt und eingesetzt: konventionelle, atomare, biologische und chemische, dazu Sanktionen (die 5. Kategorie). Die Luftbombardements mit konventionellen Waffen hätten bisher den grössten menschlichen Blutzoll gefordert.

Ein Beispiel ist der Luftkrieg gegen Japan im 2. Weltkrieg, in dem man keinerlei Rücksicht auf Zivilisten nahm. Im März 1945 warf die US-Luftwaffe fast 1700 Tonnen Brandbomben auf Tokio, um die Stadt auszulöschen mit unmittelbar 100 000 Opfern. „Über 60 japanische Städte traf das gleiche Schicksal, bis die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki den Krieg schliesslich beendeten.“

„Fünf Jahre später dann der Vernichtungskrieg in Korea mit Angriffen auf alle erdenklichen Ziele: Städte und Dörfer, Fabriken, Kommunikationsmittel, landwirtschaftliche Anbauflächen, Staudämme. Neben verheerenden Flächenbombardements setzte man auch in grossem Stil Napalm ein und bediente sich der biologischen Kriegsführung, um Epidemien auszulösen. (...) Die Gesamttopferzahl ist bis heute unklar.

Zwei Millionen? Drei, fünf Millionen?“

„Weniger als ein Jahrzehnt nach dem Koreakrieg begannen die USA in Vietnam, Laos und Kambodscha eine neue Phase der Barbarei und liessen acht Millionen Tonnen Bomben fallen, das entsprach 640 Hiroshimas. Die Flächenbombardierung wurde gegenüber Japan und Korea perfektioniert: B-52 bombardierten systematisch grosse Zonen, gefolgt von einer Flut von Anti-Personen-Waffen wie Streubomben, Weissphosphor und speziell aufgerüstetem Napalm.“ Von letzterem wurden 373 000 Tonnen abgeworfen, verglichen mit 32 000 t in Korea. Eine grosse Rolle spielte die chemische Kriegsführung, 6500 Flüge sprühten „Agent Orange“ und andere toxische Substanzen, um Ernten zu vernichten und Bäume zu entlauben. „Operation Ranch kontaminierte mehr als 32 000 km², vergiftete mindestens vier Millionen Menschen und hinterliess Hunderttausend Fälle von Krebs, Lungenkrankheiten und Geburtsfehlern. (...) Der amerikanische Krieg gegen Vietnam, Laos und Kambodscha kostete ca. fünf Millionen Südasiaten das Leben – gegenüber 55 000 US-Soldaten. Allein durch das CIA-Folterprogramm Operation Phoenix wurden 40 000 Vietnamesen umgebracht.“

Wir müssen hier abbrechen. Angesichts dessen und der weiteren barbarischen Angriffskriege stellt Ulrich Teusch die Frage, wie es sein könne, dass die USA trotz alledem bei ihrer eigenen Bevölkerung, aber auch immer noch in grossen Teilen der Welt den Nimbus einer Kraft genieisse, die stets das Gute wolle, die für die Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts stehe und die bis heute, ohne einen Aufschrei der Entrüstung zu ernten, im UN-Sicherheitsrat von moralisch hohem Ross mit anderen, die weit weniger auf dem Kerbholz haben, ins Gericht gingen. Wie sei es möglich, dass ein Staat immer

wieder teuflisch agiere und sich doch eines engelsgleichen Medienimages erfreue? Was habe es zu bedeuten, dass vielen Menschen diese unglaubliche Diskrepanz nicht bewusst sei?

„Die Antwort auf all diese Fragen: Was sich hier abspielt, dokumentiert einen geradezu fantastischen Erfolg US-amerikanischer und westlicher Propaganda, der es offenbar gelungen ist und immer noch gelingt, historische Fakten unter Verschluss zu halten oder von der Bildfläche verschwinden zu lassen, andere Fakten hingegen in einer völlig disproportionalen Weise zu skandalisieren. Und es bestätigt Orwells Erkenntnis, dass die Macht über die Geschichte auch Macht über die Gegenwart und Zukunft verleiht. Diese propagandistisch (über die Medien, hl) erzeugte Amnesie (Gedächtnisverlust) ist aus meiner Sicht die grösste Kriegsgefahr überhaupt. Wenn man Menschen die Chance nimmt, aus der Geschichte, aus ihrer Geschichte, zu lernen, sind sie beinahe grenzenlos manipulierbar.“ (S. 103)

Vor allem sind sie wieder auf den nächsten Krieg einzustimmen und bereit zu machen.

Sturz ins Bodenlose – Das Ende der Demokratie

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit, der Wahrheit, hat noch eine tiefere Dimension, auf die Hannah Arendt bereits in einem Essay Ende der 1960er-Jahre hingewiesen hat, aus dem U. Teusch einiges zitiert (S. 181 f.)

Zunächst schreibt sie, es habe „vielleicht ... kaum je eine Zeit gegeben, die Tatsachenwahrheiten, welche den Vorteilen oder Ambitionen einer der unzähligen Interessengruppen entgegenstehen, mit solchem Eifer und so grosser Wirksamkeit bekämpft hat.“ Tatsachenwahrheiten müssten die unumstösslichen Grundlagen der persönlichen Bewertungen, Einordnungen, der Meinungsbildungsprozesse und politischen Auseinandersetzungen sein, die an jene gebunden sind und von ihnen begrenzt werden. Doch statt Meinungen oder Ansichten zu disziplinieren, würden im Gegenteil Tatsachenwahrheiten zu blossen Meinungen gemacht.

Dadurch werden sie der Objektivität entkleidet und zur subjektiven Ansichtssache abgewertet.

Ulrich Teusch demonstriert dies an einer fiktiven, aber sehr realistischen Talkscho-Diskussion bei Anne Will, in der es um das Thema Russland/Ukraine geht. Einer der Diskutanten bezweifelt, dass es sich bei dem Umsturz vom Februar 2014 um einen legitimen Machtwechsel handelte. Nachweislich habe es im Vorfeld und während der Proteste eine massive Einmischung des Westens gegeben. Und auf dem Maidan hätten Kräfte bewusst eine Gewalteskalation provoziert, um einen Umsturz herbeizuführen. – Ein anderer Diskutant tritt dem heftig entgegen. Er finde es unerträglich, sich so etwas anhören zu müssen. Was hier verbreitet werde, habe mit den Fakten nichts zu tun und sei reinste russische Propaganda. Das seien genau die Lügen, die Putin und Lawrow nach der Flucht Janukowitschs erzählt hätten. – An der Stelle bricht die Moderatorin dieses Gesprächsthema ab mit der Bemerkung, das könne man sicher hier nicht abschliessend klären, aber die Standpunkte seien ja doch deutlich geworden.

Was sich in der Vergangenheit tatsächlich abgespielt hat, die Tatsachenwahrheit, wird in Standpunkte, in unterschiedliche Meinungen aufgelöst. „Unbequeme geschichtliche Tatbestände“, schreibt Hannah Arendt, „werden behandelt, als seien sie keine Tatsachen, sondern Dinge, über die man dieser oder jener Meinung sein könne. ... Was hier auf dem Spiel steht, ist die faktische Wirklichkeit selbst, und dies ist in der Tat ein politisches Problem erster Ordnung.“

Schon der Versuch, die Trennungslinie zwischen Tatsachen und Meinungen zu verwischen, sei eine Form der Lüge. Aber für die Machthaber sei die einfachste Tatsachenfeststellung bereits eine Gefährdung ihrer Macht.

Doch es geht bei solchen Auseinandersetzungen zumeist um mehr als nur einzelne Teilwahrheiten. „Wenn die modernen Lügen sich nicht mit Einzelheiten zufrieden geben, sondern den Gesamtzusammenhang, in dem die Tatsachen erscheinen, umlügen und so einen neuen Wirklichkeitszusammenhang bieten, was hindert eigentlich diese erlogene Wirklichkeit daran, zu einem vollgültigen Ersatz der Tatsachenwahrheit zu werden ...?“

Teusch schliesst daran an, das sei eine frühe Beschreibung dessen, was man heute als „Narrativ“ bezeichnen würde. „Die russische Bedrohung“ sei so ein Narrativ, für das es in der Tatsachenwelt keinen vernünftigen, belastbaren Anhaltspunkt gebe. Dennoch bilde es den grossen Berichterstattungsrahmen der Medien, und alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fakten, die in diesen Rahmen passen, werden dem Publikum übermittelt, alle entgegenstehenden Fakten werden entweder ignoriert oder als russische Propaganda, als Meinung abgetan. Dabei werde die einfache Berichterstattung von Tatsachenwahrheiten im eigenen Land als gefährlicher und aggressiver empfunden und verfolgt als die feindliche Propaganda, die eh nicht akzeptiert wird.

Die Macht kann die Tatsachenwahrheiten zwar erfolgreich bekämpfen, aber nichts Gleichwertiges an die Stelle setzen, denn die Wahrheit ist nicht ersetzbar. Das hat tiefgehende Auswirkungen, die Hannah Arendt eindrucksvoll so beschreibt:

„Das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. ... Konsequentes Lü-

gen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten.“

Der Verlust des menschlichen Orientierungssinnes, der Sturz ins Bodenlose, ist gleichbedeutend mit dem Ende der Demokratie. „Meinungsfreiheit“, sagt Hannah Arendt, „ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind.“ Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist. Nur darauf kann aber eine Gesellschaftsform freier, selbstbestimmter Menschen basieren.

Das bedeutet: Die heutige totale Lügenpropaganda der Mainstream-Medien hat die Demokratie bereits von innen beseitigt.

1 Ulrich Teusch: Der Krieg vor dem Krieg, Frankfurt/M. 2019, S. 159

2 Vgl. Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 899

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/02/19/kriegshetze-und-aushoehlung-der-demokratie-durch-die-mediale-propaganda/>

Klasse statt Masse

Anian Liebrand, Publizist VERÖFFENTLICHT AM 21. FEBRUAR 2020

Die Begrenzungsinitiative ist die bis auf Weiteres letzte demokratische Chance, die unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz zu stoppen und als mündiges Staatsvolk das Heft in die eigenen Hände zu nehmen. Gelingt es, aller Propaganda-Berieselung und zeitgeistverseuchter Trägheit zum Trotz, das Schweizervolk noch einmal von mutiger Selbst-Bejahung zu überzeugen, stünden interessante, vielversprechende Einwanderungsmodelle bereit, welche die Personenfreizügigkeit rasch vergessen machen liessen.

Die Fakten sind längst auf dem Tisch – die Folgen der seit dreizehn Jahren geltenden vollen Personenfreizügigkeit sind bestens dokumentiert, wenngleich jegliche gegenwärtig getroffene Bilanzziehung nur provisorischen Charakter hat. Ziehen wir am 17. Mai mit einem Ja zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» nicht die Notbremse, wird die Zehn-Millionen-Schweiz nicht mehr abzuwenden – und wohl schon in zwei Jahrzehnten erreicht worden sein.

Gefangen im Teufelskreis

In den letzten dreizehn Jahren sind netto eine Million Ausländer in die Schweiz eingewandert. Allein, um diese mit Wohnraum zu versorgen, musste die ohnehin knapp bemessene Landfläche in einer Höhe von 57'000 Fussballfeldern überbaut werden. Diese masslose Exzess-Politik hält den seit Jahren anhaltenden Bauboom aufrecht und zieht laufend weitere Migranten an, zu deren Bedürfnis-Befriedigung immer weitere Einwanderer benötigt werden – zur Pflege, für den öffentlichen Verkehr, für Spitäler, und, und, und.

Die Lebensqualität der Einheimischen und seit Jahrzehnten hier lebenden gut integrierten Ausländer interessiert die Classe politique keinen Deut – der Realität gewordene Teufelskreis «immer neue Migranten zur Bewältigung der Migrationsfolgen» hat längst bleibende Abhängigkeiten geschaffen: In der Sozialindustrie, in den Grosskonzernen, welche den unbegrenzten Zuzug billigen «Humankapitals» als willkommenes Instrument benutzen, um die höheren Löhne älterer Arbeitnehmer zwecks eigener Profitmaximierung unter Druck zu setzen und diese in die Sozialhilfe abzudrängen.

Einwanderung als Verlustgeschäft

Obwohl sich die eigentlich masslos überdotierten Statistik-Abteilungen des Bundes – sonst um keine noch so nichtige Aufgabenbeschaffung verlegen, um die eigene fürstliche Entlohnung zu rechtfertigen – nie bemüsstigt fühlten, eine transparente Vollkostenrechnung über die finanziellen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit anzustrengen, ist offensichtlich, dass die Masseneinwanderung für die Schweiz nicht zuletzt auch ein finanzielles Verlustgeschäft ist. Konkrete wissenschaftliche Untersuchungen am Beispiel Deutschlands hat der renommierte Ökonom Prof. Hans-Werner Sinn angestellt. Er kommt zum Schluss, dass Einwanderer mehr kosten als dass sie dem Staat finanziellen Nutzen bringen.

Weil die Schweiz ein im Vergleich zur EU deutlich grosszügigeres Sozialsystem unterhält, ist ihre Sogwirkung für wirtschaftlich «nicht brauchbare» Einwanderung nochmals höher. So befindet sich der Prozess, dass die masslose Einwanderung das schweizerische Sozialwesen aushöhlt, in fortgeschrittenem Stadium. SVP-Nationalrätin Martina Bircher hat die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit für die öffentliche Hand im neusten «SVP-Klartext» ausführlich beschrieben.

Von wegen «alternativlos»

Entgegen dem Mantra, das uns sowohl die Linksallianz als auch die Economiesuisse in den nächsten Monaten mit Millionen-Kampagnen «einprägen» wollen, ist die Personenfreizügigkeit keineswegs alternativlos. Das 1970 eingeführte Kontingentsystem, mit dem der Bundesrat bis 2002 festlegte, wie viele erwerbstätige Ausländer pro Jahr in die Schweiz kommen dürfen, hat sich doch bewährt. Da die Frage des

Masshaltens in diesem Regime allerdings von der verantwortungsbewussten Beurteilung eines Gremiums abhängt, dessen Rückgrat gelinde gesagt «nicht über jeden Zweifel erhaben» ist, wäre wohl ein klug ausgetüftelter Mechanismus sinnvoller, der «wertschöpfungsferne» Migration automatisch verhindern oder zumindest massiv erschweren würde.

«Klasse statt Masse» hat die Devise jeder Einwanderungspolitik zu lauten, die sich souveräne, auf den inneren Zusammenhalt bedachte Staaten selbst vorgeben. Mit der Personenfreizügigkeit haben sich sowohl die EU-Staaten als auch die Schweiz von dieser an und für sich selbstverständlich klingenden Lösung verabschiedet – zugunsten eines grenzenlosen Wildwuchses, von dem einige profitieren und der Grossteil der Bevölkerung drunter leidet.

Vorbild Boris Johnson

«Klasse statt Masse» – unter diese Prämisse stellte die bayrische CSU im Jahr 2000 auch ihre Zustimmung zu einem neuen deutschen Zuwanderungsgesetz. «Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen», kommentierte Bayerns CSU-Innenminister Günther Beckstein die Forderung seiner Partei nach schnelleren Abschiebungen und wirksamer Handhabe gegen Sozialhilfe-Migranten. Nur fünfzehn Jahre später warf die Schwester-Partei CDU unter der Führung Angela Merkels mit der illegalen Türöffnung für weit über eine Million arabischer Asylforderer bekanntlich auch noch die letzten bürgerlichen Prinzipien über Bord. Genauso wie die kopflose Euro-Rettung gelten heute – fünf Jahre später – sowohl die selbstmörderische Alle-kriegen-Asyl-Politik als auch die Personenfreizügigkeit als alternativlose Dogmen – notabene mit duckmäuserischer Billigung der einst weitsichtigen und stolzen CSU.

Dass nicht ganz Europa in Merkel-gelähmter Schockstarre verharrt, zeigen die jüngsten Berichte aus Grossbritannien. Beflügelt vom erfolgreichen Brexit, gleist Premierminister Boris Johnson eine Einwanderungsreform auf, die nach gegenwärtigem Stand der Dinge ein interessantes Vorbild für die Schweiz sein dürfte. Johnson will demnach die Einwanderung künftig mithilfe eines Punktesystems regulieren. Ungelernten Migranten wird die Niederlassung erschwert, wenn sie beispielsweise die Sprache nicht ausreichend beherrschen oder finanziell zu wenig abgesichert sind. Die Befreiung aus den Fesseln der EU-diktierten Personenfreizügigkeit eröffnet dem Inselstaat ganz neue Möglichkeiten, um sich als eigenständiges, auf Klasse statt Masse ausgerichtetes Land zu positionieren.

Das japanische Modell

Einen ganz anderen Weg eingeschlagen hat – auch, aber nicht nur traditionsbedingt – Japan. Obwohl den Japanern klar ist, dass die einheimische Bevölkerung aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten stark abnehmen und altern dürfte, hat sich das Land bewusst dagegen entschieden, den bevorstehenden Schwund durch massive Einwanderung kulturferner Migranten zu ersetzen. Das japanische Einwanderungsmodell orientiert sich an einer 0-Prozent-Migration und lässt dauerhafte Einwanderung nur in ganz seltenen Fällen zu. Der Industriestaat setzt dafür auf technologische Innovationen und Arbeit effizienter machende Robotertechnik. Gerade deshalb geniesst das Land hohen Wohlstand und strafft all die Theoretiker Lügen, die grenzenlose Vermischung und Menschenverschiebung als unabstreitbare Grundvoraussetzungen globalisierten Erfolges herbeifabulieren.

Die Mehrheit der Staaten weltweit – erst recht, wenn sie überdurchschnittlich wohlhabend sind – knüpft das Recht auf Einwanderung an Bedingungen, die wesentlich höher sind als die blosse Vorweisung eines kurzfristigen Arbeitsvertrags wie bei der Personenfreizügigkeit. Wieso orientieren wir uns nicht an ihnen? Ob Japan, Grossbritannien, Australien, Kanada oder Israel – ein Mix aus all diesen Einwanderungskonzepten dürfte dazu beitragen, dass sich die Schweiz in kurzer Zeit vom Ende der Personenfreizügigkeit erholen dürfte, das mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative resultiert – und falls sich die EU weigert, Nachverhandlungen im Sinne einer eigenständigen Zuwanderungs-Steuerung durch die Schweiz zuzustimmen.

Tabu «Remigration»

Ein Tabu in dieser Diskussion, über das derzeit niemand spricht, ist die Frage, wie wir mit all den Zuwanderern umgehen, die sich heute in der Schweiz breit gemacht haben und in Berufsfeldern hiesige Arbeitskräfte verdrängt haben, in denen kein Fachkräftemangel besteht oder die Sozialhilfe kassieren, ohne mehrere Jahre hier gearbeitet zu haben. Zur Wahrung des öffentlichen Friedens und der wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung wird es aber unabdingbar sein, über wirksame Remigrations-Strategien zu diskutieren. Wenn die Schweiz ihren Status als wettbewerbsfähiges und stabiles Land zurückerlangen will, führt sie diese Diskussion besser früher als später.

Anian Liebrand

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/klasse-statt-masse/>

CDU-Ergebnis in Hamburg: Merkels Politik der verbrannten Erde

19:20 24.02.2020 Von Willy Wimmer

Hamburg und Thüringen kommen der Bundeskanzlerin zupass. Der Absturz der CDU in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl macht deutlich, dass die CDU sich inzwischen in der Grössenordnung der Partei „Die Linke“ bewegt. Beim Zustand, in dem sich die CDU auf Bundesebene befindet, wird sich daran in Zukunft kaum etwas ändern.

Wenn man die Ereignisse in Thüringen hinzunimmt, könnte die Dimension dramatisch genannt werden. Dafür gibt es gute Gründe. Beide Ereignisse sind nicht für den Augenblick zu beurteilen. Sie sind vielmehr Ausdruck einer Gesamtentwicklung, für die man weder die CDU-Hanseaten noch die Leute in Erfurt verantwortlich machen kann. Da man sich allerdings bei den jetzt anstehenden Beratungen auf der CDU-Bundesebene mit den beiden Einzelergebnissen beschäftigen wird, dürfte der eigentliche Sündenfall übertüncht werden. Dies mit der tödlichen Wirkung für die CDU/CSU, im deutschen Parteiensystem an den Rand gedrückt, hassgesteuert in eine Ecke mit AfD und FDP gestellt und in die „Tonne getreten“ zu werden.

Die heutige Entwicklung war vorauszusehen. Sie ist kein Wunder. Sie macht es für CDU/CSU unmöglich, dagegen konzeptionell und durch geeignete Personen anzugehen, weil die Ursache durch die eigene Bundeskanzlerin und ehemalige Parteivorsitzende selbst herbeigeführt worden ist, durch die Aushebelung des deutschen Rechtsstaates, infolge ihrer Entscheidung, die deutschen Grenzen ab September 2015 schutzlos zu stellen. Jeder und diejenigen, die den „fortdauernden Verfassungsbruch“ nicht hinnehmen wollten, wurden in die rechtsradikale Ecke gestellt und als „Nazis“ beschimpft. Da die eigene Partei, CDU/CSU, nur mit brutaler Mühe, wie der seinerzeitige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer mit seiner Sicht vom „Unrechtsstaat“ deutlich gemacht hatte, bei der Stange gehalten wurde, galt der regierungs- und medienmässige Vorwurf in Richtung „Nazi“ nicht nur der eigenen Partei.

Er gab der im Abstieg befindlichen politischen Linken in Deutschland ein neues Lebenselixier. Sie konnte im demokratischsten Deutschland, was wir je hatten, in der politischen Auseinandersetzung Mitbewerber in die NS-Ecke drücken, aus der sich niemand befreien kann. Da hat Erfurt die notwendige „Kernschmelze“ gegen alles das, was in Deutschland bürgerlich ist oder dorthin zugeordnet werden möchte, herbeigeführt. Man mag das den nicht-linken Kräften in Erfurt jetzt in die Schuhe schieben, um sich in Berlin an der Macht zu halten, solange es noch geht. Verantwortlich war Erfurt dafür keinesfalls, denn die seit Jahren miesen und unerträglichen Wahlergebnisse für die CDU/CSU in Deutschland kennen nur eine Verantwortliche: Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel. Wenn man dann keine Wahlergebnisse mehr erzielen kann, die einer Volkspartei entsprechen und das alles noch mit Kontaktsperre garniert, ist der Untergang garantiert. Da diese politische „Seuche“ die ganze CDU/CSU erfasst hat, ist die Partei komplett betroffen und nicht nur in Hamburg oder Erfurt.

Wer heute noch daran glauben sollte, dass die CDU/CSU in Deutschland eine Überlebenschance haben könnten, der müsste sich mit einer Frage beschäftigen: Wie kann nach der Entscheidung der Bundeskanzlerin vom September 2015 der deutsche Rechts- und Verfassungsstaat wiederhergestellt werden? Das kann nur besprochen werden, wenn Frau Dr. Merkel nicht mehr Bundeskanzlerin ist, weil sie seit Jahren nichts anderes macht, als genau diese Diskussion zu verhindern. Die neuen „Totalitären“ in Deutschland haben sich bei SPD, Grünen und Linken in Hamburg in ihren Gesängen klar zu erkennen gegeben. Allerdings ist die Dimension für die CDU/CSU auch klar. Vielleicht kann man froh sein, einen offiziellen Kandidaten für die Nachfolge von Frau AKK zu haben, denn es geht bei nüchterner Einschätzung bestenfalls um die Nachfolge als künftiger Fraktionsvorsitzender einer Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Ansonsten wird man in der Politikgarotte, die die Bundeskanzlerin zu verantworten hat, zerrieben, wenn man strukturell nicht mehr kämpfen kann.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20200224326502946-cdu-ergebnis--hamburg-merkels-politik/>

„Die Tagesschau ist systematisch auf die Weltsicht westlicher Nachrichtenagenturen fixiert“

24. Februar 2020 um 8:44, Ein Artikel von: Redaktion

Warum haben viele Medien ein Problem damit, auch Meldungen von nichtwestlichen Agenturen zu veröffentlichen? Woran lässt sich festmachen, dass es in der Tagesschau ein Objektivitätsproblem gibt? Was hat das ARD-Nachrichtenflaggschiff mit Feindbildern und Propaganda zu tun? Maren Müller, Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer, als Kritiker des öffentlich-rechtlichen Nachrichtenjournalismus bekannt, liefern in ihrem aktuellen Buch über die Tagesschau eine wichtige Lehrstunde in Medienkritik ab. Im ersten Teil eines zweiteiligen Interviews mit den NachDenkSeiten zeigen Bräutigam und Klinkhammer auf, warum sie an der Tagesschau kaum ein gutes Haar lassen. Von Marcus Klöckner.

In Ihrem aktuellen Buch über die Tagesschau kommt sehr oft das Wort „Meinungsmacht“ vor. Mit etwas Naivität lässt sich fragen: Was hat die Tagesschau mit „Meinung“ zu tun? Die Tagesschau ist eine Nachrichtensendung. Dort werden die harten Fakten präsentiert, es wird gesagt, „was ist“. Oder?

Volker Bräutigam: Oder eben nicht. Die Tagesschau sendet nachweislich nicht bloss „harte Fakten“ und beschränkt sich nicht nur auf das, „was ist“. Der Rundfunkstaatsvertrag gibt ihr auch weit mehr auf als die bloße Übermittlung isolierter Fakten. Nachrichtensendungen sollen es dem Zuschauer ermöglichen, sich eine eigene, stimmige Meinung übers Weltgeschehen zu bilden. Das erfordert, die „Fakten“, die „Tatsachen“, nicht einfach aus ihrem Zusammenhang gelöst und quasi nackt zu präsentieren, sondern sie in ihrem Kontext darzustellen. Soweit nötig, auch mit zusätzlichen Erklärungsansätzen.

Da geht das Problem aber schon los. Das, was Fakten und Tatsachen sind, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten.

Volker Bräutigam: Sicher. Weil sich alles und jedes aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten lässt. Dabei ändert es eben sein „Gesicht“. Was der eine als Kunst auffasst, erachtet der andere als Käse. Der seriöse Nachrichtenredakteur weiss, dass ihn gleichbleibend „einseitige“ Betrachtungsweisen zum Tendenzjournalisten, zum Demagogen machen würden. Er muss bei Konflikten Motive und Absichten der Beteiligten berücksichtigen. Er darf sich nicht nur auf eine Quelle beziehen. Er muss seinen Berichtgegenstand von mehreren Seiten her betrachten, ein rationales Verständnis davon entwickeln, sonst verkommt er zum unsauberen Informationsverkäufer.

Und genau das werfen Sie der Tagesschau vor?

Volker Bräutigam: Ja. Zunächst sollte man sich vor Augen führen, dass der Grossteil der Tagesschau-Meldungen nicht von ihr selbst stammt. Sie beruhen vielmehr auf dem Rohmaterial von Nachrichtenagenturen. Die Redaktion ARD-aktuell verarbeitet es lediglich weiter, und zwar mit einem rechnergestützten Bildschirmsystem namens „Open Media“. Dort wird meines Wissens das Angebot von nur vier „Hoflieferanten“ eingespeist: AP (die US-amerikanische Associated Press), dpa (die Deutsche Presseagentur, sie kooperiert übrigens eng mit AP), AFP (Agence France Presse) sowie Thomson-Reuters (kanadisch-britisch, im Besitz des Multimilliardärs David Thomson, einer der reichsten Männer der Welt). Ach, eh ich es vergesse: der Sport-Informationsdienst, SID.

Jetzt lässt sich sagen: Das sind doch vier Nachrichtenagenturen. Aus Deutschland, den USA, aus Grossbritannien und Frankreich. Man darf demnach davon ausgehen, dass Fakten und Tatsachen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden.

Volker Bräutigam: Nein, darf man eben nicht. Alle genannten Agenturen liefern Betrachtungen aus dem gleichen pro-westlichen Blickwinkel. Es ergibt sich eine lupenrein transatlantische Ausrichtung der daraus zusammengefügt Nachrichten.

Das erinnert an einen aktuellen Streit. Das Branchenportal „Horizont“ hat der Berliner Zeitung vorgeworfen, russische „Staatspropaganda direkt aus dem Kreml“ zu verbreiten, weil das Blatt auch die Informationen der Nachrichtenagentur TASS verwendet und seine politischen Seiten nicht mehr vom „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ bezieht.

Volker Bräutigam: Hinter der Behauptung, westliche Quellen seien unabhängiger und freier, ihre Informationen folglich seriöser als die aus östlichen Quellen, steckt der illegitime Anspruch auf Deutungshoheit. Da zeigt sich ein Herrschaftsgebaren, das unabhängige Meinungsbildung im Publikum nicht zulassen will; folglich soll schon den Nachrichtenredakteuren der Zugang zu unterschiedlichen Quellen und Sichtweisen versperrt sein.

Verlassen wir die abstrakte Gesprächsebene. Lieber ein konkretes Beispiel: Irgendwelche Leithammel in Politik und Medien tun so, als sei die westliche Betrachtung der Welt die einzig „richtige“. Hingegen sei unsachlich, unwahr, wertlos, schädlich, was die östlichen „Machthaber“ äussern, gemeint sind Russlands Präsident Putin und Chinas Präsident Xi; es dürfe deshalb nicht berücksichtigt werden. Eine schwachsinnige, aber durchaus gebräuchliche Schablone.

Aber die Gefahr ist doch durchaus gegeben, dass bei staatlichen russischen bzw. chinesischen Nachrichtenagenturen Propaganda eingespeist wird.

Volker Bräutigam: Das stimmt, diese Agenturen betonen die Sichtweisen ihrer Regierungen. Aber bei den westlichen, kommerziellen Agenturen ist staatstragende Propaganda doch ebenfalls inbegriffen. Der Einfluss von Parteien, Regierungen und Wirtschaft auf sie ist nicht zu leugnen. Was also ist die Aufgabe des Journalisten? Er darf sich nicht auf die Darstellungen nur einer Seite einlassen. Er muss versuchen, die Spreu vom Weizen zu trennen. Auch für ihn gilt der Rechtsfindungs-Grundsatz „audiatur et altera pars“: „Die andere Seite ist anzuhören“. Vor Gericht also nicht nur der Staatsanwalt, sondern auch der Verteidiger. In einer seriösen Nachrichtenredaktion ist entsprechend alles verfügbare Informationsmaterial sorgfältig zu prüfen, gleichviel, von welcher Seite es kommt. Der Journalist hat aufzuklären. Dabei muss er, um mit Kant zu sprechen, „den Mut haben, sich des eigenen Verstandes zu bedienen“.

Sie wollten Konkretes sagen?

Volker Bräutigam: Es liegt doch nahe, dass Nachrichten aus der Ost-Ukraine, verfasst und übermittelt von russischen Agenturen wie Ria Novosti, Interfax oder TASS, anders akzentuiert sind als solche von AP. In-

formationen über Venezuela haben bei der lateinamerikanischen Telesur ein gänzlich anderes Aussehen als bei dpa, AP, AFP oder Reuters. Die Aspekte jeweils der Telesur respektive der AP zu ignorieren, hiesse, tendenziös zu berichten, schlimmstenfalls: eine Falschnachricht in Umlauf zu bringen.

Auf andere Nachrichtenagenturen zu verzichten, kann natürlich auch zu einer Schiefelage in der Berichterstattung führen. Aber Sie gehen ja davon aus, dass es hier nicht um „Fehler“ geht, sondern um Absicht. Anders gesagt: Dass westliche Medien Nachrichtenagenturen zum Beispiel aus Russland ignorieren, hat nicht nur etwas mit professionellen Gründen zu tun, sondern Sie vermuten dahinter ein System der bewussten Beeinflussung von Nachrichten?

Volker Bräutigam: Absichtsvolle Einäugigkeit, ja. Der negativen Beispiele sind Legion. Arabische und iranische Agenturen berichten aus dem Jemen anders als die US-Amerikaner oder Briten, das wird aber kaum berücksichtigt. Die Xinhua hat eine gänzlich andere Ansicht über die Protestierer und Randalierer in Hongkong als die Westagenturen. Logisch, aber der Tagesschau-Redaktion ist das ersichtlich egal. Stütze ich mein Nachrichtenangebot nur auf transatlantische Quellen, dann betreibe ich eben Tendenzjournalismus. Genau das werfen wir der ARD-aktuell vor. Und wir belegen das mit einer Unzahl von Beispielen missratener Sendungsbeiträge.

Die Tagesschau ist systematisch auf die Weltsicht westlicher Nachrichtenagenturen fixiert. Andere Sichtweisen, beispielsweise der chinesischen Xinhua, kommen selten zur Geltung. Nur dann, wenn die westlichen Agenturen sich ausnahmsweise und mangels eigener Erkenntnisse auf diese Quellen berufen. Wenn man von der Tagesschau angesichts dieser Gegebenheiten immer noch behauptet, sie sei politisch neutral, strikt objektiv und der Wahrheit verpflichtet, dann zeigt man fehlenden Realitätssinn oder verlässt absichtlich den Boden der Sachlichkeit. Das provoziert Widerspruch.

Aber nochmal: Man kann trotzdem darauf beharren, dass die russischen und chinesischen Nachrichtenagenturen nicht so frei sind wie die im Westen. Anders gesagt: Die Tagesschau bedient sich journalistischer Produkte, die nicht Gefahr laufen, staatlich oder machteltitär beeinflusst zu sein. Wie reagieren Sie?

Volker Bräutigam: Mit der Rückfrage, über welche Art von Freiheit wir hier reden. Wenn die eine Sorte Medien staatlichen Zwängen unterliegt, dann entspricht die andere Sorte kommerziellen, partei- oder regierungspolitischen Interessen – in vorauseilendem Gehorsam. Es gibt freilich graduelle und spezifische Unterschiede, nicht aber prinzipielle. Es ist die Aufgabe des um Aufrichtigkeit bemühten Journalisten, herauszufiltern, was „dran“ ist an den Informationen, die ihm zugehen. Hier hat er sich mit Sachkenntnis und Gespür fürs Richtige und Angemessene zu bewähren. Das Schablonendenken „Russen und Chinesen liefern Staatspropaganda, die Amerikaner, Briten, Franzosen und die Bundesregierung sagen die Wahrheit“, ist einfach fernab der Realität.

Sie sind bekannt für Ihre Kritik an der Tagesschau. Sie lassen seit Jahren an der ARD-aktuell kaum ein gutes Haar. In Ihrer Kritik stand immer wieder auch der damalige Erste Chefredakteur der Tagesschau, Kai Gniffke. Hat sich, nachdem er die Redaktion verlassen hat, etwas an der Berichterstattung geändert?

Friedhelm Klinkhammer: Nein, grundsätzlich hat sich nichts geändert. Allerdings: Eine der ständigen Mitarbeiterinnen bei ARD-aktuell ist uns inzwischen mit recht guten, sachgerechten Beiträgen aufgefallen. Den Namen der Kollegin nennen wir nicht, unser Lob wäre ihr gewiss nicht nützlich. Anerkennung von uns, den Bösen, ist nicht karriereförderlich.

Also ein Lichtblick?

Volker Bräutigam: In der Finsternis, ja. Die weitgehende redaktionelle Umnachtung hat sich in der Ära Dr. Gniffke entwickelt. Deshalb ein Nachwort zu diesem Chefredakteur: Er hat die Einseitigkeit und das Manipulative seiner Sendungen öffentlich stets geleugnet, hat die Angebote der ARD-aktuell als sauberen Journalismus gepriesen und sich selbst ein Spitzenzeugnis ausgestellt. Sein Mantra „Fehler muss man einräumen“ war bloße Attitüde, schöne Rede zum Fenster hinaus. Die Konsequenz, fehlerhafte Nachrichten öffentlichkeitswirksam zu korrigieren, hat er nicht gezogen. Der neue Chef übt bisher deutlich mehr Zurückhaltung. Das ist zu respektieren.

Venezuela, Russland, Ukraine, Saudi-Arabien, Kinderarmut in Deutschland: Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis Ihres aktuellen Buches zeigt, dass Sie vor allem die Berichterstattung der Tagesschau zu grossen aussen- und innenpolitischen Themen kritisieren. Was läuft da aus Ihrer Sicht falsch?

Volker Bräutigam: Wie bereits angemerkt: Die Gestaltung der Nachrichten aus den Konfliktzentren der Welt ist nicht um Objektivität bemüht. Das fällt leider meistens nur dem kritischen, vorinformierten und sehr konzentrierten Betrachter sofort auf. Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Der venezolanische Oppositionelle Juan Guaidó rief sich selbst zum Interimspräsidenten aus und propagierte den Umsturz in Caracas. Washington unterstützte ihn politisch und mit zig Millionen US-Dollar. Diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen folgte Aussenminister Heiko Maas, indem er Guaidó innerhalb von 24 Stunden als Staatsoberhaupt „politisch anerkannte“.

Und, wie hat die Tagesschau reagiert?

Volker Bräutigam: Sie referierte das als Normalität. Vollkommen unkritisch, sie unterliess jeden Hinweis auf die Rechtswidrigkeit und die politische Problematik. Sie öffnete dem Zuschauer nicht den Blick dafür, dass Maas sich in Liebedienerei für Washington übte. Seinen Bückling zu ignorieren, war Meinungsjour-

nalismus pur, Manipulation mittels Unterlassung. Die Tagesschau unterschlug sogar, dass der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, alle Oppositionsparteien und die nationale Fachwelt die transatlantische Gefolgschaftstreue unseres Aussenministers als Völkerrechtsbruch und mit dem Grundgesetz unvereinbar klassifizierten. Es lag übrigens auch eine Verletzung anderer politischer Normen vor, über die sich die Tagesschau gleichfalls ausschwig: Die Bundesregierung erkennt üblicherweise nur Regierungen diplomatisch an, nicht jedoch einzelne Personen, die sich ein Staatsamt anmassen.

Kritik haben Sie auch an innenpolitischen Darstellungen geübt. Wo liegt das Problem, wenn die Tagesschau über Kinderarmut berichtet?

Friedhelm Klinkhammer: Wenn sie denn überhaupt mal über dieses traurige Kapitel berichtet. Dabei lebt in Deutschland jedes fünfte Kind in Armut.

Auf welche Untersuchungen beziehen Sie sich bei dieser Zahl?

Friedhelm Klinkhammer: Exakte Zahlen über Kinderarmut gibt es nicht, nur überschlägige Daten. Das sagt für sich genommen schon eine Menge aus. Die Böckler-Stiftung und der Paritätische Gesamtverband kamen auf 2,55 beziehungsweise 2,5 Millionen, die Bertelsmann-Stiftung auf 2 Millionen arme Kinder. Wir hatten in unserem Buchbeitrag die Angaben des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt: 2,1 Millionen Kinder unter 18 Jahren (nach Datenlage des Jahres 2006 waren das 18,6 Prozent dieser Altersgruppe).

Der Alltag dieser Kinder ist von erzwungenem Verzicht geprägt: Keine neue Winterjacke, kein Geld für den Schulausflug, keine Urlaubsreise mit den Eltern, oft nicht einmal genug Geld für ein warmes Mittagessen. Desaströse Zustände. 75 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich dafür aus, dass mehr gegen die Kinderarmut getan werden muss. Aber es geschieht nichts Entscheidendes. Im Gegenteil, die Armut verschlimmert sich. ARD-aktuell berichtet hin und wieder auf der Internet-Seite tagesschau.de über Kinderarmut, erreicht damit aber nur einen sehr kleinen Teil seines TV-Publikums.

Und in der Tagesschau? Wie sieht da die Berichterstattung zum Thema Kinderarmut aus?

Friedhelm Klinkhammer: In der zuschauerstarken Hauptausgabe um 20 Uhr – vier bis sechs Millionen Menschen täglich – gab es nach unserer Zählung ganze zwei Beiträge über Kinderarmut in Deutschland. Wir betrachteten dabei den Zeitraum von April 2018 bis April 2019. Der erste Beitrag am 9. Januar vorigen Jahres hatte zum Thema, wie die Berliner Politik mit der Kinderarmut umzugehen gedachte. Dieser Bericht über das sogenannte “Starke-Familien-Gesetz” war eine reine PR-Sendung, die Tagesschau-Chef und SPD-Mitglied Dr. Gniffke seinen Parteigenossen Hubertus Heil und Franziska Giffey ermöglichte. Das Gesetz sieht minimale finanzielle Zuwendungen vor, die bei Hartz-IV-Beziehern sofort wieder gekappt werden. Es wurde aber eigens eine Reportage darüber für die Tagesschau in einem Berliner Familiencafé inszeniert. Das Gesetzesvorhaben wurde dort als kommende soziale Grosstat geschildert und so der Öffentlichkeit präsentiert.

Mein Fazit: ARD-aktuell lieferte einen peinlichen Werbefilm ab und gab das als Journalismus aus.

Der Sendebeitrag hat die Realität schöngefärbt?

Friedhelm Klinkhammer: Genau. Die Redaktion wies nicht – wie es ihre journalistische Pflicht gewesen wäre – auf die völlig unzureichenden Mittel dieses Gesetzes für den Kampf gegen die Kinderarmut hin, sie sonderte nicht einen einzigen eigenen Gedanken dazu ab. Kein Wort darüber, dass nur rund zehn Prozent der in Armut lebenden Kinder – wenn überhaupt – in den Genuss der geringen Wohltaten kommen werden.

Würden Sie bitte Ihre Kritik noch etwas weiter präzisieren.

Friedhelm Klinkhammer: Zu kritisieren war, wie angemerkt, der anstössige PR-Charakter der Reportage über die Veranstaltung in dem Café. Sie diente hauptsächlich der Imagepflege der beteiligten Politiker. Minister, die sich in strahlendes Rampenlicht stellen wollten. Hubertus Heil, ich zitiere: „Das ist keine Gnadeneleistung, das ist soziales Bürgerrecht.“ Dass sein penetranter Aufsager nicht in seinem Büro aufgenommen wurde, sondern ausserhalb in einem Familiencafé, das diente dazu, soziale Nähe und fürsorgliches Engagement des Ministers zu assoziieren. Obwohl das angekündigte Gesetz solche menschliche Wärme nicht mal in Spuren verströmt. Es gewährt nur Almosen, Krümel vom Tisch der Herrschenden. Und das nun in einem der reichsten Länder der Welt. An der Kinderarmut ändert es nichts. Die Tagesschau hätte diese widerwärtige Inszenierung als das kenntlich machen müssen, was sie war, eine Politshow. Stattdessen zündete sie eine Weihrauchkerze, im Widerspruch zu ihrem gesetzlichen Auftrag, objektiv und umfassend zu berichten.

Was ist Ihnen weiter aufgefallen?

Friedhelm Klinkhammer: ARD-aktuell publiziert viel in verklausuliertem Amts- und in schlechtem Agenturdeutsch. Ihre Nachrichten enthielten auch im hier besprochenen Fall Wendungen, mit denen das breite Publikum wenig anfangen kann. Beispiel Kinderzuschlag: Zuschlag worauf? Was bleibt den Bedürftigen tatsächlich, welche Leistungen werden nur mit der Sozialhilfe verrechnet und bleiben damit unwirksam? Warum werden vermutlich überhaupt nur 250 000 Kinder diese geringe Hilfe erhalten, obwohl doch 2,1 Millionen armutsbedroht sind? Nichts klärte ARD-aktuell schlüssig auf.

Hier hat die Tagesschau aus Ihrer Sicht also versagt?

Friedhelm Klinkhammer: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll mit seinem Informationsangebot zur qualifizierten Urteilsbildung der Öffentlichkeit beitragen. Lässt er die Problematik der Kinderarmut unbeachtet, dann hat das Folgen: Unterbelichtete Themen, so der falsche Rückschluss, betreffen nichts Gravierendes. Nichts, worüber man sich aufregen muss. Eine Wechselwirkung: Ist die Armut kein Medienthema, dann ist sie auch keins für die Politik. Und umgekehrt. Das hat selbstverständlich System, es ist nicht absichtsfrei so. Man könnte es zuspitzen: Angesichts der Publikumsmeinung, dass zu wenig gegen die Kinderarmut getan wird, sorgt die Tagesschau dafür, dass die Politik nicht infolge zu kritischer Berichterstattung unter Handlungsdruck gerät.

Sie sprechen ein sehr wichtiges Problem an. Wenn Medien über etwas nicht berichten, dann ist es sozusagen nicht existent, also zumindest nicht in der Medienöffentlichkeit. Anders gesagt: Wenn Medien nicht mit Nachdruck auf Missstände aufmerksam machen, dann fällt es der Politik leichter, sie zu ignorieren. Wie erklären Sie sich, dass die Tagesschau die Kinderarmut nicht kritischer beleuchtet hat? Sie sagen, diese Berichterstattung habe „System“, sie sei nicht „absichtsfrei“. Wie meinen Sie das?

Friedhelm Klinkhammer: Wir erleben bereits seit Anfang 2000 eine gigantische Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben. Das ist in der Steuerpolitik angelegt und wird vom Lohn-dumping verschärft. Die Folgen: soziale Verwerfungen, Alters- und Kinderarmut. Da es für diese Entwicklung keine glaubhafte Rechtfertigung gibt, haben die Entscheidungsträger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ein essenzielles Argumentationsproblem, zumal sie sich jahrzehntelang als Gerechte, als Gute und als „Leistungsträger“ beweihräuchern liessen. Sie haben demnach ein deutliches Interesse daran, dass es nicht zu einem gesellschaftlichen Diskurs über das asoziale Verhalten der Geldaristokratie kommt. Der wäre nur vermittels kritischer Journalisten in den Massenmedien anzustossen. Aus diesem kühlen Grunde werden Themen wie die grassierende Kinderarmut allenfalls dilatorisch (aufschiebend) behandelt.

Es ist entlarvend, dass die gesamte Problematik auch in einem staatlich beeinflussten Medium wie in den Sendungen der ARD-aktuell einfach ausgeblendet werden kann. Die Redaktion schützt damit böse reaktionäre bis unfähige Politiker der „bürgerlichen Mitte“ vor dem Zorn der Öffentlichkeit.

Warum das?

Weil wechselseitige Abhängigkeiten bestehen. Politiker bestimmen über das finanzielle Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, und Journalisten haben Einfluss auf das Erscheinungsbild der Politiker. Für die eine Sorte Abhängige gilt: „Beisse niemals die Hand, die dich füttert.“ Und für die andere: „Vergiss das Füttern nicht, sonst stehst du schnell allein im Wald.“

Bleiben wir noch bei der Sachkritik. Worum ging es in dem zweiten Beitrag zum Thema Kinderarmut?

Friedhelm Klinkhammer: Am 21. März, gute zwei Monate nach der gefälligen Kaffeehausreportage über Hubertus Heil, den Guten, berichtete die Tagesschau über die parlamentarische Verabschiedung des Gesetzes. Mit dünnen Worten wurde den Zuschauern mitgeteilt, dass das „Starke-Familien-Gesetz“ von der Opposition als unzureichend angesehen werde.

Kein Wort über die nach wie vor wirksamen bürokratischen Hürden, die das „Starke-Familien-Gesetz“ saft- und kraftlos machen. Kein Hinweis darauf, dass ärmere Familien trotz der neuen Regelungen benachteiligt bleiben, weil für den Schulbesuch und den Schulbedarf ihrer Kinder nur halb soviel zur Verfügung steht wie für „normal“ verdienende Familien. Eine unbillige Härte, ein weiterer Bruch mit dem Gleichbehandlungsprinzip und dem Sozialstaatsgedanken. Ich erlaube mir, an dieser Stelle Ulrich Schneider zu zitieren, den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Das Stärkste an dem Gesetz ist wahrscheinlich der Titel.“

Lesetipp: Müller, Maren/Bräutigam, Volker/Klinkhammer, Friedhelm:

Zwischen Feindbild und Wetterbericht. Tagesschau & Co. – Auftrag und Realität

PapyRossaVerlag, ca. 250 Seiten. 16, 90 Euro.

Anmerkung: Der letzte Absatz wurde bearbeitet.

Titelbild: Sharaf Maksumov / Shutterstock

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=58762>

Wer ist schuld? Die AfD!

Veröffentlicht am 25. Februar 2020 von conservo

(www.conservo.wordpress.com)

*

Eine ganz ernste Büttenrede – gewidmet dem „Obermessdiener“ Andreas Schmitt

Von Maria Schneider *)

*

Es war – ich weiß es ganz genau –
eine riesengroße Schau.
Im September vor drei Jahren
ließ sich der Bürger nichts mehr sagen.
Er stimmte für die AfD,
und Gauland sagte „Jippi-je“!

*

Die Blockparteien war'n nicht froh
so mancher weinte auf dem Klo.
Denn auf einmal war's vorbei
mit der schönen Bummelei.

*

Es gab ein großes Ach und Weh
mir schmerzte glatt der große Zeh.

*

Da wußt' ich gleich, wir ha'ms vernommen:
tut Dir irgendetwas weh –

wer ist dran schuld? Die AfD!
Zum Beispiel ging ich gestern schwimmen,
und es war ganz schlüpfzig drinnen
Eh ich mich dann noch versah'
glitt ich aus – trari trara.

*

Ich rutschte ziemlich g'radeaus.
Es zog mir nun den Bustier aus
und meine Brüste guckten raus.

*

Ich kam vor einem Mann zum Halt
und dachte mir, der hilft galant.
Doch statt mir freundlich aufzuhelfen
will er sich zum Glück verhelfen.

*

Er schaute wild auf meinen Busen
und wollte auch noch mit mir schmusen!

*

Ich glaub' Ihr wißt's schon – es ist wahr!
Das weiß auch Deutschlands Superstar.
An mir lag's nicht, denn was ich seh',
ist: schuld ist nur die AfD!

*

Jetzt hat der Bodo Sauerbier
in Thüringen – doch glaubt es mir –
seine dritte Wahl verloren
obwohl zum König auserkoren.

*

Der Kemmerich und seine Frau
die freuten sich und dachten: Wow!
Die Wahlen machen doch noch Sinn.
Das ist ein guter Wahlgewinn.

*

Doch, sapperlot! Wie ist's gekommen?
Dem Kommunist wurd' was genommen!
Die Susi wirft 'nen Blumenstrauß
und holt die scharfen Kufen 'raus.

*

Am nächsten Tag sagt Kemmerich:
„Ihr seid allein, macht's ohne mich.
Wir hatten eine Höllennacht.
Der Stalin hätte so gelacht.“

*

„Meine Frau und meine Kinder
sind mir doch wichtiger als rote Rinder.
D'rum sage ich Euch jetzt Ade.“

Und wer ist schuld? Die AfD!

*

Im September vor vier Jahren
kamen Menschen – große Scharen.
Seitdem ist man ganz betroffen,
und die Grenzen bleiben offen.

*

Wer widerspricht, ist brauner Sumpf,
ist Nazi, rechts und denkt nur dumpf.

*

Wenn ein deutsches Mädchen stirbt
war der Täter „leicht verwirrt“.
Doch wenn in Hanau Kurden sterben
haut man in ganz and're Kerben.

*

Ein deutscher Täter wird gefunden –
Ungereimtes unterbunden.

*

Es ist klar in diesem Fall
ist kein and'rer wieder dran,
als die Blauen an der Spree,
Denn schuld ist nur die AfD!

*

Hanau, Breitscheidt, Kassel, Kandel
und der rege Mädchenhandel.
Glücksspiel, Mord und leere Kassen
Bahnverspätung, dunkle Gassen.

*

Wohnungsnot und teure Mieten
arme Rentner, lock're Nieten.
Schlechtes Wetter, Graupelschauer
und die Wanze auf der Mauer.

*

Husten, Schnupfen, Heiserkeit
verbrannter Toast, die Sommerzeit.

Da hilft uns keine gute Fee.
Denn wer ist schuld? Die AfD!

Maria Schneider ist freie Autorin und Essayistin. In ihren Essays beschreibt sie die deutsche Gesellschaft, die sich seit der Grenzöffnung 2015 in atemberaubendem Tempo verändert. Darüber hinaus verfaßt sie Reiseberichte.

Kontakt: Maria_Schneider@mailbox.org

www.conservo.wordpress.com 25.02.2020

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2020/02/25/wer-ist-schuld-die-afd/>

Die zerstörerischen Kräfte des globalen Finanzsystems

hwiludwig Veröffentlicht am 26. Februar 2020

Die Finanzmärkte verzeichnen seit 2008 den längsten Aufwärtstrend ihrer Geschichte. Doch dies ist kein positives Zeichen, sondern gleicht, wie es der Systemkritiker Ernst Wolff ins Bild bringt, der Fieberkurve eines Patienten, der nur durch immer höhere Dosen an Medikamenten am Leben erhalten werden kann. In der umfassendsten Manipulation in der Geschichte haben wir es heute mit der grössten Geldmenge, den grössten Blasen an den Aktien-, Anleihen- und den Immobilienmärkten und der höchsten Verschuldung aller Zeiten zu tun. Der Zusammenbruch, der die Realwirtschaft mit sich reissen wird, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Herrschaft der Banken

Die heutige Gesellschaft wird von den Banken beherrscht. Sie besitzen mit den Zentralbanken das Monopol auf die Geldschöpfung, das sie zur eigenen Bereicherung und Ausbeutung der Menschen skrupellos ausnutzen. Auch die Staaten sind, wenn sie über die Steuereinnahmen hinaus Geld brauchen, auf Kredite der Banken oder Anleihen der Bürger angewiesen. Die Kreditvergabe des aus dem Nichts geschöpften Geldes gegen Zins und Zinseszins hat auf der einen Seite einen permanenten Wachstumszwang der Wirtschaft und auf der anderen Seite die ständige Ausweitung des Geldvolumens zur Folge, das nur noch zum geringen Teil von den Werten der Realwirtschaft gedeckt ist.

So fliessen die ungeheuren Gewinne der Banken und der Unternehmenseigentümer zu grossen Teilen in einen eigenen Finanzmarkt, in dem es darum geht, sie profitabel zu „investieren“, „anzulegen“, d.h. weiteres Eigentum von Unternehmen per Aktienkauf zu erwerben, sowie durch eine Palette von Spekulations- und Wettformen das eigene Geld ständig zu vermehren. Dieser Finanzmarkt führt gegenüber der realen Wirtschaft ein vollkommen abgehobenes Dasein. Seit den 1970er Jahren ist das Volumen des internationalen Kapitalverkehrs auf diesem wirtschaftlich völlig unproduktiven, parasitären Markt 100mal so hoch wie das Volumen des internationalen Güterverkehrs (Wikipedia – Globales Finanzsystem).

Ernst Wolff weist in einem grundlegenden und für Laien gut verständlichen Vortrag über die Strukturen des globalen Finanzsystems* darauf hin: „Was wir in den letzten elf Jahren an den Finanzmärkten erlebt haben, ist die umfassendste und hemmungsloseste Manipulation, die es in der gesamten Geschichte der Menschheit gegeben hat.“ Ausser der grössten Geldmenge, den grössten Blasen und der höchsten Verschuldung haben wir es auch „mit der höchsten Vermögenskonzentration aller Zeiten zu tun“. Noch nie besaßen so wenige Menschen so viel wie in unserer Zeit. „In den USA z.B. besitzen drei Männer: Jeff Bezos, der Gründer und Chef von Amazon, Bill Gates, der Gründer und Chef von Microsoft und Warren Buffet, der Chef von Berkshire Hathaway und grösster Investor des Landes, genau so viel wie die Hälfte der Bevölkerung, also 160 Millionen Bürger des wohlhabendsten Landes der Erde. ... Noch nie ist der Unterschied zwischen denen, die von ihrer Arbeit leben müssen, und denen, die von ihrem Vermögen leben können, so gross gewesen wie in unserer Zeit.“ (hier)

Wie ist diese seit elf Jahren andauernde ungeheure Ausweitung des Finanzmarktes zu erklären? Schliesslich liegt doch an seinem Ausgangspunkt 2007/2008 gerade, so Ernst Wolff, „die grösste Finanzkrise aller Zeiten“, die durch viele Fachleute also als noch schwerer eingeschätzt wird als der riesige Crash, die grosse Depression von 1929. Damals gab es weltweit massenhafte Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und unendliche menschliche Not, aber das System hat sich nach einer sehr schwierigen Phase allmählich selbst wieder erholt. Im Herbst 2008 sah das jetzt anders aus. „Im Gegensatz zu 1929 war das System 2008 klinisch tot und musste reanimiert werden.“ Und um dies zu erreichen, sprangen die Regierungen ein und retteten die privaten Finanzinstitute mit öffentlichen Geldern, also mit den Steuern der arbeitenden Bevölkerung. Das aber bedeutete die „grösste Vermögensumverteilung aller Zeiten und zwar einer Umverteilung von unten nach oben.“

Und die Aufgabe, nach der Reanimation das System weiter am Leben zu erhalten, übernahmen die Zentralbanken. Denn diese sind, worauf Ernst Wolff an anderer Stelle aufmerksam macht, keine Kontrollorgane der Banken, wie die meisten denken, sondern umgekehrt Instrumente der privaten Banken, gleichsam ihre Speerspitze und handeln vollkommen in deren Interesse, wie jeder gegenwärtig am Beispiel der EZB beobachten kann. Sie arbeiten zwar teilweise unter staatlicher Kontrolle, aber letztlich geben die Zentralbanken vor, was die Staaten zu tun haben (hier).

Die Zentralbanken „haben dem Patienten, also der Finanzindustrie, zwei Drogen verabreicht: einerseits riesige Geldmengen geschaffen und andererseits für die Vergabe dieser Summen immer niedrigere Zinsen verlangt. Den Bürgern wurde damals erklärt, das sei notwendig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Heute wissen wir: Das war eine Lüge. Das Geld ist zum überwiegenden Teil nämlich nicht in die Realwirtschaft, sondern wieder in die Finanzspekulation geflossen und hat die Finanzmärkte weiter aufgeblasen. Der normale Bürger hat von diesen Billionen-Summen so gut wie nichts gesehen.“ (hier, ab min. 15:06)

Spekulationsblasen entstehen, wenn die Preise von Handelsgütern (z.B. Rohstoffe oder Nahrungsmittel) Vermögensgegenstände (Immobilien und Wertpapiere wie Aktien oder Anleihen) bei hohen Umsätzen über ihren inneren Wert steigen. Sie müssen irgendwann platzen und greifen dann leicht auf die Realwirtschaft über, da sich das Eigentum oder Eigentumsanteile der grossen Wirtschaftsunternehmen heute überwiegend in den Händen der grossen Banken und sonstiger Grossinvestoren befinden.

In dieser Sorge, dass die entstandenen Blasen nach einiger Zeit zu platzen drohen, sind die Zentralbanken daher noch einen Schritt weitergegangen und haben zur Stabilisierung direkt in die Märkte eingegriffen:

- „Sie haben wertlose Papiere aufgekauft, um Banken über Wasser zu halten;
- sie haben Kredite übernommen, um Unternehmen vor der Insolvenz zu retten;
- sie haben Staatsanleihen gekauft, um ganze Staaten nicht untergehen zu lassen;
- sie haben Unternehmensanleihen gekauft und Unternehmen stabilisiert, obwohl diese nicht mehr kreditwürdig waren und eigentlich längst hätten Bankrott erklären müssen;
- sie haben Aktien gekauft, um ein Absinken der Kurse und Verluste der Grossinvestoren zu verhindern;
- und sie haben sogar Verbriefungen gekauft (Bündelung von z.T. risikoreichen Kreditforderungen in einer Urkunde, die als Wertpapier gehandelt wird), genau die Papiere, die in der Krise 2007/2008 als Brandbeschleuniger gewirkt haben.“

Diese Stabilisierung des Systems hat also genau denen genützt, die die Krise verschuldet haben. Die grossen Banken sind seit elf Jahren die Gewinner, die von der Rettung profitieren. Dazu haben sie sich diesen Status vor elf Jahren auch noch auf Dauer gesichert, indem sie sich von der Politik für systemisch

notwendig und unverzichtbar, also für „too big to fail“ erklären liessen. Damit sind sie jenseits von Recht und Ordnung unantastbar geworden. –

Auch das hat es ebenfalls „noch nie gegeben, dass die Betreiber der weltweit grössten Finanzinstitutionen sich seit mehr als zehn Jahren jede noch so riskante Spekulation leisten können, in dem sicheren Bewusstsein, dass man sie ja nicht fallen lassen und im Notfall garantiert retten wird.

Wir haben es damit heute im Finanzsystem mit Zuständen zu tun wie im Absolutismus, eigentlich sogar noch schlimmer. Im Absolutismus hatten Kaiser und Könige ihre geographisch begrenzten Reiche; die Finanzindustrie dagegen herrscht heute bis in den letzten Winkel dieser Welt.“

Wie ist die heutige Situation entstanden?

Ernst Wolff weist darauf hin, dass man dazu das ursprüngliche Bankensystem, das in Europa seit 500 Jahren besteht, vom gegenwärtigen Finanzsystem unterscheiden muss, das gerade mal ein dreiviertel Jahrhundert alt ist und seine Wurzeln in den USA hat. „Die USA, die ja aus dem Zweiten Weltkrieg als erste Supermacht hervorgegangen sind, haben ihre damalige Übermacht nämlich benutzt, um der gesamten Welt Mitte der vierziger Jahre (1944 in Bretton Woods, hl.) ein Finanzsystem aufzuzwingen, das vor allem nur einer Nation und einer Währung nützt: den USA und dem US-Dollar. Dieses System hat in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Weltkrieg dafür gesorgt, dass die Welt mit amerikanischen Waren und mit US-Dollars überschwemmt wurde. Dieser sogenannte Nachkriegs-Boom war vor allem für das Bankwesen eine Art Goldgrube, da die gewaltige Nachfrage nach Krediten ihm ebenso gewaltige Gewinne bescherte.“

Als es mit diesem Boom Mitte der 70er Jahre zu Ende ging, sei auch die Zeit des leichten Geldverdienens für die Banken vorbei gewesen. Jetzt aber habe sich gezeigt, wie stark sie in den Jahrzehnten zuvor geworden waren. Sie konnten für ihre Profitinteressen die Politik dazu drängen, ihnen neue Möglichkeiten des Geldverdienens zu eröffnen. Und die Politik habe ihnen nicht nur in den USA, sondern weltweit nachgegeben. Ab Mitte der 70er Jahre setzte der globale Prozess der Deregulierung ein, der bedeutete, dass die Politik immer mehr rechtliche Regelungen für die Finanzindustrie aus dem Weg räumte, die ihrem Handeln im Interesse der Allgemeinheit moralisch-rechtliche Grenzen gesetzt hatten. Dieser Rückzug des Rechtsstaats aber hatte gewaltige Folgen, so dass Ernst Wolff konstatiert: „Es gibt im ganzen 20. Jahrhundert keinen von der Politik und der Wirtschaft in Gang gesetzten Prozess, der das Leben so grundlegend und so nachhaltig verändert hat und es heute so sehr prägt wie diese Deregulierung.“

„Besonders aktiv waren in den 70er und 80er Jahren die amerikanischen und britischen Banken, also die Wallstreet und City of London. Und sie bekamen Hilfe von zwei Politikern, nämlich Ronald Reagan und Margret Thatcher. Die beiden räumten den Banken immer mehr rechtliche Hindernisse aus dem Weg, bis Margret Thatcher im Oktober 1986 mit dem ‚Big Bang, dem ‚Urknall‘, den Höhepunkt setzte, indem sie in der City of London u.a. das Trennbanken-System, also die Trennung von normalen Geschäftsbanken und Investment-Banken, aufheben liess. Diese Trennung war einmal eingeführt worden, um Bankkunden zu schützen. Sie verbot nämlich den normalen Geschäftsbanken, mit den Einlagen ihrer Kunden zu spekulieren. Mit dieser, für die arbeitende Bevölkerung sehr wichtigen Sicherheit ist es seit dem ‚Big Bang‘ in Grossbritannien und seit 1999 auch in den USA vorbei.“

Da Margret Thatcher ausserdem verfügte, dass auch in London aktive ausländische Banken mit ihren Kundengeldern spekulieren und hohe Gewinne machen konnten, erlebte die City of London Ende der 80er Jahre einen riesigen Zulauf und entwickelte sich schnell zum wichtigsten globalen Finanzplatz neben New York. Das wiederum übte auf den Finanzsektor anderer Länder einen gewaltigen Druck aus, so dass die meisten von ihnen nachzogen. „Die Folge dieser Entwicklung war das, was man heute als ‚Finanzialisierung‘ der Weltwirtschaft bezeichnet. Beweis: Der Finanzsektor wuchs schneller als alle anderen Wirtschaftsbereiche und nahm Ausmasse an, die die Welt bis dahin nicht gesehen hatte.“

Wichtigste Folgeerscheinungen der Finanzialisierung

Zwei der wichtigsten und wirksamsten Folgeerscheinungen dieser Finanzialisierung waren die starke Zunahme von Hedgefonds und der Boom im Bereich der Derivate. „Wer den Zustand der Welt von heute auch nur einigermaßen verstehen will, der muss unbedingt wissen, worum es sich bei diesen beiden Erscheinungen handelt.“

A Die Hedgefonds

Allgemein sammeln Fonds das Geld von Investoren ein, um es für sie zu investieren, „anzulegen“ und auf diese Weise zu vermehren. Dies ist auch die Aufgabe der Hedgefonds. Sie unterscheiden sich aber in mehreren wesentlichen Punkten von den übrigen Fonds:

1. die Klientel: Zugang zu den Hedgefonds hat nur, wer ein extrem hohes Vermögen nachweisen kann, so dass die meisten Menschen, die ihr Vermögen in Hedgefonds investieren, zu den Ultrareichen dieser Welt gehören.
2. die Strategie: Die Hedgefonds konzentrieren sich nicht wie die anderen Fonds nur auf bestimmte Anlagebereiche, also z.B. Aktien, Anleihen oder Immobilien, sondern sie haben keinen festumrissenen Anla-

gebereich. „Ihre Manager durchkämmen die Finanzmärkte ständig auf der Suche nach Gelegenheiten, um ihr wichtigstes Ziel zu erreichen: nämlich in möglichst kurzer Zeit möglichst hohe Gewinne zu erzielen.“

„Häufiger Schwerpunkt ... sind Wetten auf Kurs- oder Preisschwankungen, und zwar nicht nur auf Ausschläge nach oben, sondern auch auf Ausschläge nach unten.“

Dem dient insbesondere das Instrument der Leerverkäufe:

Man verkauft Aktien, die einem gar nicht gehören, sondern die man von anderen leiht; der eigene Bestand ist daher „leer“. Man kauft also die Aktien nicht, um sie später mit Gewinn zu einem höheren Preis zu verkaufen, sondern man leiht sie sich, verkauft sie in Erwartung fallender Kurse sofort, wartet dann ab, bis der Kurs gefallen ist, und kauft sie wieder. Dann hat man die Differenz zwischen dem höheren Verkaufspreis und dem niedrigeren Rückkaufspreis als Gewinn. Nun gibt man die geliehenen Aktien plus Leihgebühr an den Eigentümer zurück und behält den Gewinn.

Ein weiteres solcher Mittel ist die Hebelung:

Der kompliziert erscheinende Vorgang bedeutet im Grunde: Ein Hedgefonds schliesst eine Wette ab und leiht sich anschliessend Geld, um den eigenen Wetteinsatz zu erhöhen, oft um das 30- bis 40-Fache. Dadurch erhöht sich auch der ja immer über dem Wetteinsatz liegende Gewinn entsprechend. Die Rückzahlung des demgegenüber geringen Kredits ist dann kein Problem. „Anders ausgedrückt: Hebelung heisst nichts anderes als Spekulieren auf Kredit.“

Mit der Hebelung können aber ebenso auch sehr hohe Verluste gemacht werden. Sie ist also sehr riskant. Und dies deutet auf einen weiteren Unterschied der Hedgefonds zu den allgemeinen Fonds:

3. die hohe Risikobereitschaft. Wie sie sich im negativen Fall gesamtgesellschaftlich auswirken kann, hat sich schon zweimal gezeigt. „1998 hat sich ein amerikanischer Hedgefonds im Währungsbereich verspekuliert und dadurch fast das gesamte globale Finanzsystem zum Einsturz gebracht. 2008 waren Hedgefonds mit ihren Wetten entscheidend daran beteiligt, dass das System nur durch das Eingreifen der Regierungen und der Zentralbanken gerettet werden konnte.“

4. Das vierte Merkmal der Hedgefonds ist ihre Aggressivität im Vorgehen. Aufgrund ihrer Marktmacht und Strategie des möglichst schnellen möglichst hohen Gewinns greifen sie gern zum Mittel der feindlichen Übernahme grosser Unternehmen. Dabei schlucken sie diese gegen den Willen von Inhabern und Mitarbeitern, führen sie aber nicht langfristig in deren Interesse weiter, „sondern weiden sie aus, verkaufen die profitabelsten Teile mit Gewinn und hinterlassen einen Scherbenhaufen.“

Die Möglichkeit dazu bieten zumeist die Aktien, die Eigentumsanteile enthalten und mit deren Kauf an den Unternehmen vorbei die Unternehmensmehrheit erworben werden kann.

Der 5. und 6. Unterschied zwischen Hedgefonds und normalen Fonds besteht in der Steuervermeidung und in der Intransparenz.

„Hedgefonds haben ihren Sitz zumeist in den Offshore-Finanzplätzen dieser Welt, in Steuerparadiesen, wo sie keinen Cent an Steuern zahlen müssen und wo ihnen ausserdem ein Höchstmass an Diskretion entgegengebracht wird. Was wiederum dazu führt, dass die Vermögensverhältnisse oft äusserst undurchsichtig sind.“

„Die Frage, die sich stellt: Sind Hedgefonds nun zu einer Konkurrenz für die Grossbanken geworden? Nein, viel schlimmer. Da Hedgefonds wie Banken operieren dürfen, deren Einschränkungen aber nicht unterliegen, haben zahlreiche Grossbanken entweder eigene Hedgefonds gegründet, oder sie lassen all diese Geschäfte, die ihnen verboten sind, über Hedgefonds erledigen. Auf der anderen Seite sind diverse Hedgefonds inzwischen so gross geworden, dass ihnen wiederum ein Grossteil der Banken gehört. D.h. hier hat sich zwischen den grossen Banken und den Hedgefonds eine Art Symbiose gebildet, die die Machkonzentration im Finanzsektor in nie gekannter Weise vorangetrieben hat – und das zum Nachteil von uns allen.“

Während klassische Spekulanten immerhin noch versucht haben, am Erfolg des Unternehmens teilzuhaben, ist Hedgefonds deren Wohlergehen vollkommen gleichgültig; im Gegenteil, wenn es ihnen nützt, führen sie deren Niedergang sogar vorsätzlich herbei. D.h. Hedgefonds, die in unserer Zeit neben einigen Grossbanken mächtigsten Finanzorganisationen der Welt, erfüllen sowohl volkswirtschaftlich, als auch gesellschaftlich keinerlei nützliche Funktion, sondern dienen einzig und allein der Bereicherung von Spekulanten.“

Und diese Bereicherung vollzieht sich heute vor allem im Bereich der Derivate. „Der Derivate-Sektor ist mittlerweile der mit Abstand grösste Teil des Finanzwesens und hat bereits zweimal dafür gesorgt, dass das globale Finanzsystem fast in sich zusammengebrochen wäre. Und trotzdem ist er heute noch grösstenteils unreguliert und dient Profi-Zockern im Finanzkasino als wichtigste Bereicherungsplattform.“

B Derivate

Derivate sind Finanzprodukte, welche die Möglichkeit bieten, aufsteigende oder fallende Kurse anderer Produkte zu wetten. Der Preis der Derivate leitet sich vom Preis der anderen Produkte ab (lat. derivare =

ableiten). Bei den anderen Produkten kann es sich um alles Mögliche handeln, z.B. um Rohstoffe, einen Aktienkurs oder auch einen Zinssatz.

Die Entwicklung der Derivate kann man sich im kleineren Massstab eines Grossmarktes, auf dem Bauern ihre Waren anbieten, Zwischenhändler diese Waren aufkaufen und anschliessend an Einzelhändler weiterverkaufen, folgendermassen vorstellen: Nachdem in der Aufbauphase die Kreditvergabe der Bank neben dem Grossmarkt an die Bauern und Händler zu deren funktionierender Existenz geführt hat und sie sich weitgehend schuldenfrei konsolidiert haben, ebbent die Kredite der Bank ab. Mit vereinzelt Krediten für gelegentliche neue Landmaschinen, Autos und Ladenumbauten ist das grosse Geschäft nicht mehr zu machen.

„In dieser Situation kommt der Banker nun auf eine Idee: Er eröffnet auf dem Grossmarkt einen eigenen Stand und bietet dort Wetten an. Zuerst lässt er die Leute darauf setzen, ob an einem Tag mehr Äpfel oder mehr Kartoffeln verkauft werden. Als das Wettgeschäft dann anzulaufen beginnt, lässt er sie wetten, welche Apfelsorte sich wohl am besten verkauft. Und nach einer Weile entwickelt sich sein Geschäft so gut, dass er immer neue Wetten auflegt: Werden rote oder grüne Äpfel besser verkauft, inländische oder ausländische, solche mit grossem oder kleinem Kerngehäuse.

Und tatsächlich, der Plan des Bankers geht auf. Immer mehr Bauern und Händler, aber auch immer mehr Kunden des Marktes nehmen an seinem Wettgeschäft teil. Der Grund: wetten ist einfach, erfordert keine Arbeit, sondern nur den Wetteinsatz. Und ausserdem lassen sich mit Wetten schnell hohe Gewinne machen.“

Mit der Zeit führt das aber dazu, dass immer mehr Bauern und Händler ihre eigene Tätigkeit vernachlässigen, die Qualität der Waren auf dem Grossmarkt zunehmend zu wünschen übriglässt und schliesslich einzelne Bauernhöfe, Fuhrparks und Einzelhandelsgeschäfte zu zerfallen beginnen. Ausserdem hat die entstandene Wettsucht noch weiter zur Folge, dass sich diverse Bauern und Händler verzocken und pleitegehen. Einige wenige, die sich aufs Wetten konzentrieren, machen Riesengewinne und verabschieden sich aus ihren Berufen, um Profizocker zu werden. „Der grösste Gewinner aber – und das ist das Entscheidende – ist die Bank, die ja von Anfang an jeder einzelnen Wette verdient hat und die aufgrund ihres Informationsvorsprungs alle Beteiligten beherrscht und das Spiel grenzenlos zum eigenen Vorteil manipulieren kann. –

Und genau das ist die Situation, in der wir uns heute weltweit befinden. Die Ausuferung von Derivaten hat dazu geführt, dass die Realwirtschaft verkümmert und das Wettkasino sich dreht wie nie zuvor. Mit dem Ergebnis, dass eine winzige Anzahl von Menschen, nämlich Banker und Profizocker, immer reicher werden und das Geschehen bestimmen, während die grosse Masse hilflos zusehen muss, wie ihr Lebensstandard nach und nach immer weiter sinkt.“

Das schlimmste aller Derivate ist eine bestimmte Form der Kreditausfallversicherung, die der US-Grossinvestor Warren Buffet bereits in den 90er Jahren als „finanzielle Massenvernichtungswaffe“ bezeichnet hat „und die die ganze Schamlosigkeit und Skrupellosigkeit der Finanzwelt von heute offenbart.“ Ein Team der Bank J.P. Morgan hat diese Kreditausfallversicherung in den 90er Jahren erfunden, und diese hat bereits zweimal entscheidend dazu beigetragen, dass das globale Finanzsystem fast kollabiert wäre.

Ihre Besonderheit besteht darin, dass sie nicht nur vom Kreditgeber, sondern von jeder völlig unbeteiligten beliebigen Person oder Institution abgeschlossen werden kann. „Das bedeutet, dass Profis im Finanzgewerbe, die mehr Informationen besitzen als andere Marktteilnehmer, sich umgehend auf die Suche nach Unternehmen machen, von denen sie annehmen, dass sie ihre Kredite möglicherweise nicht zurückerzahlen können, und die gleich mehrere Kreditausfallversicherungen auf diese abschliessen.“

Das hat zur Folge, dass sich der Schaden eines zusammengebrochenen Unternehmens vervielfacht, da die Kreditausfallversicherungen nicht nur an den Kreditgeber, sondern an alle ausgezahlt werden müssen, die eine abgeschlossen haben.

„Es geht aber noch weiter. Statt auf die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens zu warten oder zu hoffen, können Grossinvestoren aufgrund ihrer Marktmacht sogar nachhelfen. Sie können den Untergang eines Unternehmens beschleunigen oder im Extremfall sogar selbst herbeiführen. Wer also über sehr viel Geld verfügt, kann folgendermassen vorgehen: Er sucht sich ein Unternehmen, das nicht auf festen Beinen steht, schliesst massenweise Kreditausfallversicherungen darauf ab, kauft es anschliessend auf. Schlachtet es aus und treibt es in den Ruin. Folge: Das Unternehmen ist pleite, Arbeitsplätze gehen unwiederbringlich verloren, aber der Verursacher der Misere streicht ein Vermögen ein.

Man glaubt es als Aussenstehender kaum, aber das ist im Finanzsystem gängige Praxis.

Es gibt zwei recht berühmte Beispiele dafür. Der amerikanische Handelsminister unter Trump, Wilbur Ross, hat auf diese Weise Milliarden verdient. Und der Gegenspieler von Barack Obama in der letzten Wahl, Mitt Romney, ist ebenfalls einer dieser Profiteure.“

Der Handel allein mit Derivaten macht heute ein Vielfaches des globalen Bruttoinlandsproduktes aus und ist eine der Haupteinnahmequellen der internationalen Grossbanken.

Die Deregulierung „hat das globale Finanzsystem nicht nur in ein Casino verwandelt, sondern in ein Hai-fischbecken, in dem der pure Finanzdarwinismus gilt.“ (Hervorhebung hl.)

In der Folge der Deregulierung wurden und werden den Staatshaushalten erhebliche Summen entzogen. Und die Rettungen in das System haben Unsummen von Steuern verschlungen. „Diese Unsummen sind von den Regierungen und den Gesetzgebern aber nicht etwa denen aufgebürdet worden, die die Schäden verursacht haben, also den Spekulanten, sondern den Opfern der Spekulation, nämlich den arbeitenden Menschen, und zwar in Gestalt der Austeritätspolitik.“

Die Austeritäts- oder Sparpolitik der vergangenen Jahre bedeutet nichts anderes, als dass die gesamte Finanzlast der Krise denen aufgebürdet wurde, die nichts, aber auch gar nichts zu ihrer Verursachung beigetragen, sondern im Gegenteil ihre grösste Last getragen haben.“

Ausblick

Ernst Wolff äussert sich trotz der aussichtslos erscheinenden Lage davon überzeugt, dass wir ihr nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern tatsächlich etwas dagegen tun können.

„Da nämlich das bestehende System nur noch durch solche Massnahmen erhalten werden kann, die den Lebensstandard der Menschen verschlechtern, wird die Mehrheit in der vor uns liegenden Zeit in immer schärferen Konflikt sowohl mit der Minderheit, die dieses System erhalten will, als auch mit den eigenen falschen Vorstellungen geraten. Und genau dieser Konflikt wird die Bereitschaft erhöhen, sich mit dem System und den Fragen, die sich daraus ergeben, auseinanderzusetzen.“

Wenn es also gelänge, einen Grossteil der Menschen das gegenwärtige Geld- und Finanzsystem zumindest in seinen Grundzügen verstehen zu lassen, dann könnte es auch gelingen, über einen grundlegenden gesellschaftlichen Umbruch ein neues, ein anderes System zu schaffen, das nicht dem einen Prozent, sondern der Mehrheit der Menschen dient, und das es schafft, das Geld zu einem Produkt zu machen, das nicht den Menschen beherrscht, sondern von der Mehrheit der Menschen beherrscht wird.

Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Zeit in meinen Augen darin, diesen auf uns zukommenden Konflikt zu nutzen und so viele Menschen wie irgend möglich, über den Charakter und die Funktionsweise des gegenwärtigen Geldsystems aufzuklären und so die Tür aufzustossen für ein anderes System, eines, das nicht einer Minderheit dient, sondern der Mehrheit, und das nicht auf Gier, Machtstreben und dem Raubbau an den Ressourcen der Erde aufbaut, sondern auf einer friedlichen, vernünftigen und sozial verträglichen Nutzung dieser Ressourcen und das zum Vorteil von uns allen.“

(Hervorhebung hl.) * <https://www.anti-zensur.info/azk17/dieluntebrennt>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/02/26/die-zerstoererischen-kraefte-des-globalen-finanzsystems/>

USA/Russland: Demokraten, Dollars und Doppelmoral

26. Februar 2020 um 9:1. Ein Artikel von: Tobias Riegel

Führende US-Demokraten fordern aktuell neue Sanktionen gegen Russland – wegen „Wahleinmischung“. Gleichzeitig werden im kommenden US-Haushalt grosse Summen zur internationalen Einmischung durch die USA eingeplant. Die Betrachtung von Bernie Sanders und seiner Partei führt in ein Dilemma.

Von Tobias Riegel.

Die Meinungsmache und die Doppelmoral rund um die „russischen Einmischungen“ in die US-Politik erleben dieser Tage ein neues Hoch: So fordern prominente US-Demokraten neue Sanktionen gegen Russland – wegen angeblicher Wahleinmischung. Gleichzeitig kündigt die US-Regierung an, viel Geld bereit zu stellen, um gegen „russische Desinformation“ in anderen Ländern vorzugehen – also für Einmischungen. Derweil spinnen US-Geheimdienste gemeinsam mit US-Medien immer weiter an der These von der russischen Einmischung und lancierten gerade „Infos“, die nun auch den parteilosen Kandidaten der Demokraten Bernie Sanders betreffen – kurz vor wichtigen Wahlterminen. Der Vorwurf, russisch gelenkt zu sein, kann Kandidaten in die Ecke treiben, was Sanders für fragwürdige Distanzierungen gegenüber Russland zum Anlass nahm.

Sanders und Russland: Alles Wahltaktik?

Diese Äusserungen von Sanders gemahnen an ein Risiko, das die NachDenkSeiten kürzlich in diesem Artikel näher beschrieben haben: Angesichts der mächtigen innerparteilichen Widerstände könnte es sein, dass ein isolierter US-Präsident Sanders aussenpolitisch martialisch und im Sinne der parteiübergreifenden „Kriegspartei“ agiert, um sich innenpolitischen Spielraum zu verschaffen. So gerne manche Anhänger Sanders' jüngste Sätze in Richtung Russland als Wahltaktik verbuchen möchten: Man sollte nicht ignorieren, dass sich Sanders auch vor dem Wahlkampf aussenpolitisch fragwürdig geäussert hat.

Zu den aktuellen Äusserungen von Sanders zu Russland hat Albrecht Müller gerade diesen Artikel geschrieben. Andere – sich teils positiv abhebende – Statements von Sanders finden sich in dieser Rede zur

Aussenpolitik von 2017, vor einigen Jahren hat er laut diesem Artikel eine „NATO unter Einbeziehung Russlands“ vorgeschlagen. Problematisches ist dagegen in diesem Artikel zu lesen, in dem Sanders 2017 folgendermassen zitiert wird:

„Das kommt mir komisch vor: Wir haben einen Präsidenten, der sich unter Autokraten und Diktatoren wohler fühlt als im Kreis der Führer demokratischer Nationen. Warum ist er so in Putin verschossen, einen Mann, der die Demokratie unterdrückt und auf der ganzen Welt Demokratien destabilisiert – auch bei uns?“

700 Millionen Dollar – „Um dem russischen Einfluss entgegenzuwirken“

Dabei reservieren die USA selber (ganz offen) viel Geld, um andere Staaten in ihrem Sinne zu destabilisieren. Unter dem Titel „Dem russischen Einfluss durch die Stärkung der US-Verbündeten entgegenwirken“ erklärt aktuell die US-Regierung auf ihrer Homepage zum vorgeschlagenen Haushalt 2021:

„Der Haushalt sieht 700 Millionen Dollar für die Unterstützung Europas, Eurasiens und Zentralasiens vor, um die gemeinsame Sicherheit voranzubringen, die territoriale Integrität der US-Verbündeten zu schützen, die Bemühungen der Partnerländer um eine Abkehr von der russischen Militärausrüstung zu unterstützen und Schwächen im makroökonomischen Umfeld zu beheben, die die russische Regierung auszunutzen versucht, wie etwa die Abhängigkeit von Energie und Handel.“

Ein beachtlicher Teil dieser „unterstützenden“ 700 Millionen Dollar wird mutmasslich in „Zivilgesellschaft“, Propaganda und Meinungsmache in den jeweiligen Ländern Europas, Eurasiens und Zentralasiens fliessen. Ein anderer Teil wird sogar offiziell für den Zweck der (Gegen-)Propaganda deklariert:

„Der Haushalt sieht auch 24 Millionen Dollar für das Global Engagement Center vor, um russischer Propaganda und Desinformation entgegenzuwirken.“

Das sind offene Pläne zur Einmischung in fremde Länder. Diese Pläne stellen das dar, was führende US-Politiker und -Medien seit Jahren Russland in Bezug auf die USA und ihre Verbündeten vorwerfen, ohne es angemessen zu unterfüttern. Diese Heuchelei ist nicht neu und soll hier nicht über Gebühr erneut skandalisiert werden. Man sollte aber immer wieder auf diese Unstimmigkeiten hinweisen – gerade wenn die Doppelmoral so überdeutlich ist wie momentan während des US-Vorwahlkampfes.

Geheimdienst-Gerüchte und Sanktionen

Nicht nur Teile der republikanischen US-Regierung fahren diese antirussische Linie. Zum Teil noch radikaler tun dies Personen der demokratischen Partei. Wie eingangs gesagt, sehen sich neoliberale Falken bei den US-Demokraten durch aktuelle Geheimdienst-Gerüchte bestärkt, neue antirussische Sanktionen zu fordern, wie Medien berichten. Hier melden sich keine Hinterbänkler, sondern Teure der demokratischen Führungsriege: Die Senatoren Chuck Schumer, Bob Menendez und Sherrod Brown. Schumer ist der demokratische Führer des Senats. Menendez und Brown sind die führenden Demokraten in den Ausschüssen für auswärtige Beziehungen und Banken des Senats, die die Sanktionspolitik beaufsichtigen.

Durch den Sanktions-Vorstoss wird den nicht belegten Geheimdienst-Vorwürfen, Russland ziele auf Trump und Sanders, der Mantel der Seriosität umgehängt. Zusätzlich schaden die Demokraten dadurch auch (vorsätzlich) ihrem Zugpferd Sanders, indem sie suggerieren, die russische Einflussnahme auf seine Kampagne sei real. Dass für eine Beschädigung des Politikers Bernie Sanders von Partei-„Freunden“ auch geschmälerte Wahlchancen in Kauf genommen werden, das hat Jens Berger kürzlich in diesem Artikel beschrieben.

Bernie Sanders und die Demokratische Partei – Ein Dilemma

Die Betrachtung der fragwürdigen Demokratischen Partei und ihres vielversprechenden Kandidaten Bernie Sanders führt also in ein Dilemma: Sanders ist aktuell wohl der US-Politiker, den man der US-Bevölkerung am ehesten (innenpolitisch) gönnen würde. Gleichzeitig gehört er einer hochproblematischen Partei an, die ihn zudem noch offen bekämpft. Sympathie für Sanders und einige seiner Vorhaben dürfen den Blick nicht für Risiken verstellen: Mit einem Präsidenten Sanders könnte auch eine Mannschaft aussenpolitischer demokratischer Falken ins Weisse Haus einziehen, wie nicht nur die aktuellen Äusserungen von Demokraten zu Russland zeigen. Sanders wäre dann durch die republikanischen Gegner isoliert – und zusätzlich durch seine demokratischen Partei-„Freunde“. Dementsprechend machtlos könnte er sein.

Hier soll kein Fatalismus verbreitet werden: Ein Wahlsieg von Sanders wäre wünschenswert, man sollte ihn unterstützen. Aber eine Darstellung der US-Demokraten als echte „Alternative“ führt (vor allem aussenpolitisch) in die Irre und zu grossen Enttäuschungen. Der dominierende (neoliberale und kriegstreiberische) Flügel der Partei ist ebenso scharf zu kritisieren wie die Kampagne, die aktuell (unter Beihilfe der Demokratischen Partei) von neoliberaler Seite gegen Bernie Sanders läuft – in den USA, aber auch in deutschen Medien.

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=58821>



Ur-Symbol Überbevölkerung

**Autokleber
Größen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300x300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

Jeder am Auto angebrachte Kleber – das richtige Friedenssymbol und/oder Überbevölkerungs-Symbol – hilft mit, das falsche Friedenssymbol/Todesrune aus der Welt zu schaffen und das richtige Symbol zu verbreiten, wie auch, die Menschen wachzurütteln und sie auf die grassierende, weltzerstörende Überbevölkerung aufmerksam zu machen.



Das Friedenssymbol

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art sowie weltweit Unfrieden. Deshalb ist es dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.



(falsches Friedenssymbol  = keltische Todesrune (nach unten gedrehte <Lebensrune>)

Mensch der Erde, bedenke: Durch Waffen, Militär, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und Gewalt, sowie auch durch Betrug, Irreführung, Lügen, Verleumdung und Machtgier unrechtschaffener, vernunftloser, selbstüchtig Herrschender und Verbrecher wurden auf der Erde seit alters her Unfrieden, Elend, Not, Tod, Zerstörung, Vernichtung und Verderben verbreitet; dazu reichten die unbedarften Völker infolge Indoktrination und Hörigkeit ihren Gewalthabern, Machthabern resp. Staatsoberhäuptern oder Imperatoren beiderlei Geschlechts die Hand und halfen damit, alles bösartige Unheil unaufhaltsam zu fördern.

Mensch der Erde: Frieden, Freiheit, Harmonie und Rechtschaffenheit können niemals durch Waffen, Militärs, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und andere Dummheiten zustande kommen, sondern einzig durch die Nutzung von Verstand, Vernunft, Kommunikation, Konsens, Menschlichkeit und Liebe. Daher, Mensch, achte Du als einzelner darauf und bemühe Dich, das zu verstehen und einzig nach diesen hohen Werten zu handeln, damit aller Unfrieden, alles Bösartige und Todbringende sich auflöst.



IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: **PC 80-13703 3** FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

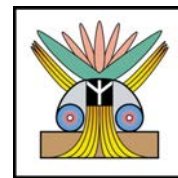
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2020
 Einige Rechte vorbehalten.
 Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz